# Stadt finden

## Fachdebatten

Werkbericht 2017—2018

Kammer der ZiviltechnikerInnen |
ArchitektInnen und IngenieurInnen
Wien. Niederösterreich. Burgenland

# Stadt finden

## Fachdebatten

Werkbericht 2017—2018

# Inhalt


**04 Vorwort**

**08 Vorgeschichte**

**10 Was kann „harter Realismus“ im Städtebau bedeuten?**
Walter M. Chramosta

**14 Als das Wünschen noch geholfen hat: der Städtebau des Roten Wien 1919—1934**
Christoph Mayrhofer

**20 Chronologie der städtebaulichen Argumente**
Walter M. Chramosta

**24 Mission Statement**

**28 Thesen zur Stadt**

„Stadt finden“-Fachdebatte 01:
**32 Was braucht die Stadt? Rahmenbedingungen für eine Stadtplanung der Zukunft**

**34 Nachlese zur Fachdebatte 01**
Walter M. Chramosta

„Stadt finden“-Fachdebatte 02:
**42 Was ist Stadt? Was ist Städtebau? Was ist Stadtplanung?**

**44 Nachlese zur Fachdebatte 02**
Walter M. Chramosta

**46 Stadtbaukunst Wien …**
Michael Hofstätter

„Stadt finden“-Fachdebatte 03:
**52 Wie entstehen Transparenz und Publizität?**

**54 Von der Transparenz zur Publizität**
Christian Kühn

**58 Nachlese zur Fachdebatte 03**
Walter M. Chramosta

„Stadt finden“-Fachdebatte 04:
**60 Strategien der Verdichtung. Ist das Hochhaus die Antwort?**

**62 Nachlese zur Fachdebatte 04**
Walter M. Chramosta

„Stadt finden“-Fachdebatte 05:
**68 Was bedeutet öffentliches Interesse an der Stadt?**

**70 Gewissen, Transparenz, Unabhängigkeit**
Gertrude Brinek

**72 Nachlese zur Fachdebatte 05**
Walter M. Chramosta

„Stadt finden“-Fachdebatte 06:
**78 Wie kommt Energie in die Stadtplanung?**

**80 Nachlese zur Fachdebatte 06**
Walter M. Chramosta

**82 Verdächtige Formen**
Bernhard Sommer

„Stadt finden“-Fachdebatte 07:
**88 Smart City**

**90 Smart City Wien als MacGuffin der Stadtplanung**
Christoph Mayrhofer

**96 Conclusio**

**98 Die Stadt gehört allen. Wer sind alle? Sicher nicht ein paar wenige**
Peter Bauer, Bernhard Sommer

**101 Fotoglossar „Stadt finden“ – Fototitel und -inhalte**
Reinhard Seiß

102 Impressum

DAIHAT
Verkauf & Service
271 23 94
DAIHATSU
Vespa
PIAGGIO
GILERA
Wonisch

01

# Vorwort

# Kollektive fachliche Expertise in Stadtplanung und Städtebau

—

Peter Bauer, Präsident
Architekt Bernhard Sommer, Vizepräsident

—
—

Die Wiener Bauordnung weist der Kammer der ZiviltechnikerInnen – ArchitektInnen und IngenieurInnen für Wien, Niederösterreich und Burgenland eine herausgehobene Rolle bei der Festsetzung und Abänderung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen zu: einerseits durch den § 2 der Wiener Bauordnung, in dem der Kammer ausdrücklich die Möglichkeit zur Stellungnahme eingeräumt wird, andererseits durch das Vorschlagsrecht für drei Mitglieder des Fachbeirats für Stadtplanung und Stadtgestaltung.

Nun stellt sich bereits aus diesen Festlegungen heraus die Frage: Auf welcher Grundlage können wir, als Vertreterin aller Ziviltechniker und Ziviltechnikerinnen, konsistente und dem



Stand gerecht werdende Stellungnahmen erarbeiten? Im Fachbeirat ist dies durch die fachliche Kompetenz der jeweiligen Experten gewährleistet. Sollen wir aber als die Institution Kammer Stellung nehmen, ist die Situation anders.

Als öffentlich-rechtliche Institution geht unsere Verantwortung sicher über eine rein fachliche hinaus. Sie ist daher auch ganz unabhängig von einer landesgesetzlichen Verankerung wahrzunehmen und ergibt sich bereits durch den gesetzlichen Auftrag des Ziviltechnikerkammergesetzes. Einerseits sind die Länderkammern berufen, neben der Wahrung und Förderung der „beruflichen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Ziviltechniker“ „an der Verwaltung des Bundes und der Länder in jenem Umfang mitzuwirken, der in den Gesetzen bestimmt ist“. Andererseits ergibt sich aber eine ethische Verpflichtung, weitreichende, gesellschaftlich hoch wirksame Entscheidungen und Eingriffe in das Gefüge der Stadt – und sicher auch des ländlichen Raums, aber das ist eine andere Geschichte – zu beobachten, zu prüfen, zu kommentieren und gegebenenfalls zu warnen oder Vorschläge zur Weiterentwicklung und Verbesserung von Planungs- und Baukultur zu machen, bereits aus der umfassenden Kompetenz unserer Mitglieder und dem ethischen Anspruch des von der Kammer vertretenen Berufsstandes.

Bei der komplexen Gemengelage der Stadtplanung hat die Kammer weniger die Rolle eines weiteren Fachplaners. Vielmehr gilt es, die Qualität der Rahmenbedingungen zur Entstehung von Bau- und Planungskultur zu sichern. Schließlich werden die Organe der Kammer demokratisch gewählt und nicht durch einen fachspezifischen Auswahlprozess ermittelt. Die größte Legitimität der Kammer ist daher immer auf einer Metaebene zu finden. Die „Kammer an sich“ ist Expertin für die Rahmenbedingungen, die Prozesse, die Vogelperspektive gewissermaßen. In diese Rahmenbedingungen bringen sich dann unsere Mitglieder mit ihrer Kompetenz ein und können sie bestmöglich entfalten. Es gibt aber noch eine weitere Metaebene. Dort, wo Wissen und Zusammenhänge komplex werden, wo es um lange Zeiträume und schwer absehbare Folgen geht, ist eine Art kollektiver Intelligenz wirkungsvoller und vielversprechender. Partizipatorische Planungskonzepte versuchen diese Kraft zu finden. Die Kammer bietet eine einzigartige Form dieser kollektiven Intelligenz, indem sie sämtliche Planungsexperten zusammenfasst und zusammenfassen kann. Ein Beispiel ist unsere Wissensplattform Link Arch+Ing, mit deren Hilfe zu Detailfragen durchaus auch ein „Stand der Technik“ definiert werden kann. Ein anderes Beispiel ist dieser Werkbericht, der einen laufenden und zeitlich intensivierten Prozess darstellt, eine solche kollektive fachliche Expertise in der Stadtplanung zu entwickeln und fortzuschreiben.

Natürlich geht es auf den folgenden Seiten immer auch ganz stark um die Rahmenbedingungen, um die Metaebene. Es geht aber auch um die Entwicklung einer fachlichen Haltung zu konkreten Fragen des Städtebaus. ●

# Vorgeschichte

03

# Was kann „harter Realismus“ im Städtebau bedeuten?

„Weg vom Fragment, zurück zum Ganzen“, so lauten viele Diagnosen zur Stadtplanung heute. Eine Positionsmeldung zur Debatte über die „Strategie Städtebau“.

—

Walter M. Chramosta

—

—

## Die Stadt zuerst!

Vor gut drei Jahren trat die schwelende Debatte über die Bedeutung des Städtebaus für die Stadtentwicklung in ein neues Stadium. Eine Gruppe führender Fachleute aus Wissenschaft und Verwaltung veröffentlichte das Manifest „Die Stadt zuerst! Kölner Erklärung zur Städtebau-Ausbildung“. Der Vorwurf: „Deutschland war noch nie so wohlhabend, seine Stadträume aber noch nie so armselig. Die Planungssysteme waren noch nie so ausgefeilt, die Bürger aber erhielten noch nie so wenig städtebauliche Qualität. Der heute üblichen Aufsplitterung der Planungsprozesse in zweidimensionale Funktionspläne, isolierte Fachplanungen und eine auf sich bezogene Architektur entspricht die Trennung der Fachgebiete in der Ausbildung.“ Viele um städtebauliche Qualität besorgte Akteure fühlten sich zu Unrecht angegriffen. Das Gegenmanifest „100 % Stadt. Positionspapier zum Städtebau und zur Städtebauausbildung“ ließ nicht lange auf sich warten, eine „Aachener Polemik! *Lebendige* Stadt oder *toter* Städtebau?“ und eine „Erfurter Einladung zu einer neuen Diskussionskultur“ folgten.

Die zu präferierenden Methoden der Stadtplanung werden in den Manifesten kontrovers gesehen; allen ist klar, dass einerseits die Ära des „Gottvatermodells“ vorbei ist, andererseits städtebauliche Konventionen für die Stadt existentiell bleiben. Getragen sind alle Manifeste von der Überzeugung, gegen eine marktradikale Ausrichtung der Stadtplanung angehen zu müssen. Die Schlüsselfrage ist, wie sich kapitalorientierte Kräfte auf Raumqualitäten verpflichten lassen – in dialogischen Verfahren oder mit städtebaulichen Vorgaben? Auch in Österreich wird diskutiert, ob und wie der Weg vom Denken und Handeln in urbanistischen Fragmenten zurück zum Ganzen der Stadt zu schaffen ist. Immer wieder scheitern prominente Verfahren beim Versuch, Funktionswandel und Formkonstanz der Stadt auf einen Nenner zu bringen. Die vom Frust angestoßene Selbstbefragung der Architektenschaft (auch der Raum-, Stadt-, Landschaftsplaner, Infrastrukturingenieure, Stadtforscher) über Sinn und Zweck des Städtebaus ist in vollem Gange. Der Fachkritik an raumzehrenden Verfahren wird bisher – insbesondere in Wien – mehr mit Beharrung und Vorurteil als mit Argumenten begegnet, obwohl alle Anzeichen dafür sprechen, dass eine Ziel- und Methodendebatte in der Stadtplanung überfällig ist.



## Ohne Utopie wird keine Stadt

So wird gelegentlich suggeriert, dass das einzelne Bauwerk in einer dynamisch wachsenden Stadt seinen Individualismus nicht zugunsten einer höheren Einheit aufzugeben brauche, das Stadtganze trotzdem hinreichend in Erscheinung treten würde. Das Befremden über das Neue, der entstellte Lebensraum könne sogar als Ausdruck des Fortschritts der Gesellschaft adäquat sein. Aber aus einem Unbehagen an einer solchen Baukultur ist zu sagen: Das Gegenteil ist der Fall! Der Fortschritt einer Stadt manifestiert sich gerade im reflektierten Bezug des Neuen auf das Alte, weder in euphorischer Geschichtsvergessenheit noch in ängstlicher Geschichtsklitterung.

Symptomatisch für das zu erstrebende balancierte Spannungsverhältnis von Tradiertem und Innovativem ist der Zweifel, wie ihn Max Frisch 1953 mit dem Vortrag „Cum grano salis“ vor dem Bund Schweizer Architekten in Zürich formulierte. Er referenzierte den Städtebau der Moderne auf das urbanistische Geschehen in der Schweiz und kam zur entnervten Feststellung, dass der Verzicht auf das Wagnis immer eine unmerkliche Art von geistigem Tod bedeute. Im Städtebau weder Radikales zu wollen noch zu tun, verfehle dessen ureigene Aufgabe. Frisch: „Man ist nicht realistisch, indem man keine Idee hat.“ Anders gesagt: Ohne Utopie wird keine Stadt (ohne Ordnung aber auch nicht).

Wenn eine professionelle Position und Haltung genannt werden soll, in der sich radikale Utopie und strenge Ordnung zugleich verwirklichen, tauchen Person und Werk von Theodor Fischer, Architekt, Stadtplaner von München und Professor für Städtebau, auf. Er vertrat stets eine dezidiert stadträumliche Haltung gegenüber einer ingeniösen und politischen Stadtplanung. Er verwirklichte, ohne an einen bildenden Künstlerstatus zu appellieren, „Stadtbaukunst“, weil er die bewusst gesetzte Stadtform als grundlegend und sinnstiftend für die räumliche Entwicklung des Gemeinwesens erachtete. Eine kollektive Raumvorstellung zu entfalten und zu propagieren erschien Fischer unentbehrlich. Die städtebauliche Vorgabe galt ihm als schöpferisches Werk der „Stadtentwerfer“, die nicht als Erfüllungsgehilfen von Politikern, Bürgerrepräsentanten oder Investoren zu sehen sind, sondern als Leitfigu-

ren in einem (heutzutage von Kupplungen mit der Gesellschaft begleiteten) Entwurfsvorgang. Fischer war sich der außerordentlichen Syntheseleistung des städtebaulichen Entwerfers bewusst, scheute aber als bescheidener Könner nicht den direkten Kontakt zu den Akteuren. Sein Credo offenbarte er 1926 im „Colleg für Städtebau“: „Harter Realismus, Hingabe an das Seiende und Dienst am Wirklichen ist die Aufgabe des Städtebaus.“

## Sehenlernen am blinden Fleck

Aus „hartem Realismus“ und im „Dienst am Wirklichen“ den Städtebauentwurf so zu betreiben, dass Ideen entstehen, die eine Utopie der Stadt enthalten, ist eine akute Herausforderung. Da Städtebau heute als Schnittmenge von Architektur und Raumplanung gilt, sind es Architekten und Raumplaner gemeinsam, die sich des Städtebaus als unverzichtbar vergewissern müssen. 2008 hat Renate Banik-Schweitzer an der Akademie der bildenden Künste in Wien über den Städtebau als „blinden Fleck der Stadtentwicklung“ gesprochen. Nach der Abschaffung der generischen Stadt der Gründerzeit durch die „aufgelockerte und gegliederte Stadt“ der Moderne sei das traditionelle Werkzeug der Stadtplanung den Aufgaben nicht mehr gewachsen. In der vormodernen Stadt hatte der Flächenwidmungs- und Bebauungsplan ausgereicht, um die Stadt zu formen. Nachmoderne Stadttypologien und -gesellschaften bedürfen neuer Instrumente für eine wertsteigernde städtebauliche Transformation.

Das Wesen der Stadt lässt sich nicht entwerfen, sondern bestenfalls lenken. Die Stadtform kann nur basierend auf klaren Regeln unter kapitalistischen Prinzipien transformiert werden; sie besteht aus generischem Siedlungsgewebe (Parzelle, Blockrand, Zeile, Reihe, Solisten ...), deklarierten Raumkonventionen (städtebauliche Vorgaben) und der gesetzlichen Bauordnung (Bebauungspläne, Schutzzonen ...). Städtebauliche Regeln allein bringen keine Entwürfe der Stadtform hervor. Sie sind aber, wenn richtig formuliert, exzellente Werkzeuge für die Entwicklung qualitativer räumlicher Strukturen in gesonderten Verfahren. Architekten und Raumplaner werden nicht umhinkönnen, „am blinden Fleck“ sehen zu lernen, also neue Verfahren mit präzis angefügter Teilhabe zu etablieren und zugleich den Kern des Ganzen, die unersetzliche Synthese im städtebaulichen Entwurf, zu schützen.

Symmetrie der Ignoranz ist kein Zugang zu Entwurf und Planung der Stadt. Das (Nicht-) Wissen zur Stadt ist zwischen Bürgern und Fachleuten nicht horizontal paritätisch verteilt, sondern vertikal und dort zudem sehr ungleich. Kein stadtplanerisches Verfahren auf der Höhe der Zeit ersetzt das Wissen der einen durch das der anderen, vielmehr ergänzen sich die Bestände.

Vielerorts führt der Gestaltverlust des Lebensraums bereits zu einem Bedeutungsverlust – der Städte, Siedlungen, Landschaften, auch der einschlägigen Fachleute und Hochschulen. Die Behördenpraxis in der örtlichen Raumplanung und der Stadtplanung geht allzu oft am Sinn der Raumordnung vorbei. Die Fruchtlosigkeit der rezenten Städtebaudebatte erkennend hat



sich die Kammer der ZiviltechnikerInnen für Wien, Niederösterreich und Burgenland veranlasst gesehen, selbst strategische Überlegungen zum Städtebau anzustellen und eine Kampagne zu initiieren. Die Methodenfrage der Stadtplanung soll anhand bester Praxis mit den Mitgliedern und einer breiteren Fachöffentlichkeit erörtert werden. Im Zentrum stehen folgende Fragenkreise: Was bedeutet öffentliches Interesse an der Stadt? Was ist Städtebau? Wie entstehen Transparenz und Publizität in Verfahren? Wie imaginiert die Gesellschaft den Stadtraum? Wie passiert die institutionelle Vorsorge in der Stadtplanung? Was sichert den Boden der sozialen Stadt? Ein Manifest der Kammer zum Städtebau wird die erste Antwort sein! ●

04

# Als das Wünschen noch geholfen hat: der Städtebau des Roten Wien 1919—1934

Eine sinnvolle Debatte über Städtebau in Wien setzt die Kenntnis seiner historischen Grundlagen voraus. Und diese wurden vor allem im Roten Wien geschaffen.

—

Christoph Mayrhofer

—

—

„Freudigen Herzens haben wir uns hier versammelt, es ist die Stunde der Genugtuung, des Stolzes, ja, des Triumphes [...]: Ein Stück neuen Wiens ist fertiggestellt, dank der Opferwilligkeit, Leistungsfähigkeit und der zielbewußten Tatkraft der sozialdemokratischen Gemeindevertretung. Früher wurden Schlösser und Burgen gebaut für die Unterdrücker des Volkes [...], heute entstehen Burgen des Volkes, auch das ein Zeichen für Demokratie, ein Zeichen des Erwachens. Für uns ist dieser Bau ein Symbol, an seiner Stirn trägt er den Namen des unsterblichen Geistes Karl Marx'."[1]

Eine Ansprache wie diese durch einen Vertreter der Wiener Stadtverwaltung anlässlich der Eröffnung einer städtischen Wohnhausanlage würde, selbst bereinigt um das unzeitgemäße Pathos, heutzutage wohl zu seiner sofortigen Entlassung führen. Es scheint uns heute unbegreifbar, welch enormer Wert der städtebaulichen Entwicklung Wiens in den Augen der sozialdemokratischen Gemeindeführung einst zugemessen wurde, sie erlangte geradezu schicksalhafte Bedeutung. Wenn man bedenkt, dass seither ein Zeitraum von gerade einmal drei Generationen vergangen ist – jemand, der als Kind die zitierte Ansprache mit eigenen Ohren gehört hat, könnte heute noch in Wien leben –, wird deutlich, welchen Bedeutungswandel Fragen der Stadtentwicklung seither erfahren haben.

Dass die räumliche Entwicklung der Stadt eine der wesentlichen Grundlagen für sozialen Ausgleich, Demokratie und Gerechtigkeit darstellt, scheint den Nachfahren jener



Erneuerer Wiens jedenfalls wenig geläufig zu sein. Ein sicheres Zeichen dafür stellt wohl die Tatsache dar, dass die seitdem mit Ausnahme der Austrofaschisten- und Nazidiktatur ununterbrochen regierenden Sozialdemokraten immer dann, wenn sie auf Koalitionspartner angewiesen waren, diesen als einziges das Stadtplanungsressort überließen.

Eine sinnvolle Debatte über Städtebau in Wien ist ohne Kenntnis seiner historischen Grundlagen nicht möglich. Welch immense Leistung das sogenannte „Rote Wien" in den Jahren 1919–1934 auf dem Gebiet einer Stadtentwicklung geleistet hat, in deren Mittelpunkt das Wohlergehen des Individuums steht, sei im Folgenden kurz beleuchtet. Nicht unerwähnt soll dabei bleiben, dass Wien in der Zwischenkriegszeit die einzige Millionenstadt weltweit mit rein sozialdemokratischer Verwaltung war.

Man kann davon sprechen, dass das Rote Wien den ersten Fall in der modernen Geschichte des Städtebaus darstellt, in dem eine Millionenstadt die Weiterentwicklung der gebauten Umgebung als Suche nach einer gerechten und demokratischen Gesellschaft in diesem Maßstab umgesetzt hat. Wenn wir dabei überdies bedenken, unter welch dramatischen und schwierigen Bedingungen jene Transformation einer Stadt und ihrer Gesellschaft stattgefunden hat und welch extrem kurzer Zeitraum ihr dafür zur Verfügung stand, wird klar, dass es sich dabei um eine historische Leistung handelt, aus der wir auch viele Erfahrungen für die Bewältigung der Probleme unserer Gegenwart ziehen können.

Wenn wir heute aufgrund eines natürlichen Bevölkerungswachstums die Qualitätsstandards herunterfahren, Wohnraum reduzieren oder auf Gemeinschaftsflächen verzichten, müssen wir uns angesichts der Tatsache, dass wir noch nie so reich waren wie heute, die Frage gefallen lassen, wie es in einer Situation schreiender Not und unvergleichlich massiverer Probleme möglich war, all die Qualitäten erst zu schaffen, die wir uns gerade wieder zu beseitigen anschicken.

Das Rote Wien wurde im Kampf geboren. Nach dem schmachvollen Ende des Ersten Weltkriegs und dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie stand die ehemalige Reichshauptstadt vor dem Nichts. Die Revolution der Arbeiterschaft Ende 1918/Anfang 1919 schuf die Grundlagen für den Wechsel von einer autoritären Gesellschaft der Untertanen zu einer demokratischen Gesellschaft selbstbestimmter und gleichberechtigter Bürger.

Nachdem das Kurienwahlrecht, das stets die Mehrheit der privilegierten Gesellschaftsschichten gesichert hatte, beseitigt war, existierte im Jahr 1919 erstmals eine Stadtregierung, die nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht gewählt war, zum ersten Mal waren auch Frauen wahlberechtigt. Allerdings stand diese Regierung vor nahezu unlösbar scheinenden Aufgaben.

Die Wohnverhältnisse in Wien waren zu der Zeit, wie wir aus zeitgenössischen Berichten wissen, „in der ganzen kultivierten Welt berüchtigt"[2]. In den Jahren vor dem Ersten

Weltkrieg waren in Wien mehr als zehn Prozent der Bevölkerung sogenannte „Bettgeher“, Menschen, die gegen ein geringes Entgelt ein Bett nur für einige Stunden am Tag mieteten, während der Wohnungsinhaber die Schlafstelle nicht benötigte.[3]

Die überwiegende Mehrheit der Menschen, die große Masse der Arbeiterschaft und der Kleinhandwerker, lebte in Einraumwohnungen, die aus einem Zimmer, einer Küche und dem Kabinett (einem kleinen, oft nur indirekt belichteten Zusatzraum) bestanden. Die übliche Wohnungsgröße betrug 30 m² oder weniger. Diese Wohnungen hatten weder einen eigenen Abort noch Fließwasser im Wohnungsverband. Mehr als 50 Prozent der Einraumwohnungen wurden von drei bis zehn Personen bewohnt, fast 20 Prozent hatten zusätzliche Untermieter.[4] Über zwölf Prozent aller Wohnungen in Wien bestanden überhaupt nur aus einem Kabinett.

Daraus resultierte ein Fehlen von Frischluft, ein Mangel an Ruhe und unzureichende Hygiene. Die Folge war eine extrem hohe Sterblichkeitsziffer (Anzahl von Todesfällen pro Jahr auf 1.000 Einwohner) von fast 35 unter den Bewohnern der Arbeiterbezirke. Zum Vergleich: Die Sterblichkeitsziffer im bürgerlichen 1. Bezirk betrug zur selben Zeit etwas mehr als elf, also nur rund ein Drittel. Das war nicht zuletzt auf eine hohe Unfallrate unter Arbeitern zurückzuführen, wegen fehlender Erholungsmöglichkeiten aufgrund der katastrophalen Wohnsituation. Auch Tuberkulose war in diesen Wohnhäusern weit verbreitet, dazu kamen Alkoholismus, Prostitution und Jugendverwahrlosung. Vor allem der Gesundheitszustand von Kindern war weit unter dem Niveau anderer europäischer Großstädte, wie wir aus zeitgenössischen Quellen wissen. Wie dramatisch die Gesundheitssituation der Bevölkerung war, zeigt auch die Tatsache, dass zu Kriegsende die einem Wiener Arbeiter zur Verfügung stehende Kaloriensumme bei rund 1.300 Kilokalorien lag[5], das ist weniger als die Hälfte der benötigten Menge.

Die neu gewählte sozialdemokratische Stadtregierung war 1919 angetreten, die geschilderten Lebensverhältnisse in Wien radikal zu ändern. Das war insofern ein fast aussichtsloses Unterfangen, als die Gemeindekassen nach dem Krieg leer und riesige Schulden angehäuft waren. Dazu kam, dass in den Kriegsjahren der Wohnungsbau praktisch zum Erliegen kam und die notwendigen Reparaturen jahrelang nicht mehr vorgenommen wurden. Verschärft wurde die Situation durch eine enorme Arbeitslosigkeit, die von 24.000 Arbeitslosen vor dem Krieg auf rund 131.000 Personen Mitte 1919 angewachsen war. Gleichzeitig war die Bevölkerungszahl Wiens auf über zwei Millionen gestiegen.
Wie es mitten in dieser Notlage gelingen konnte, trotz dieser Voraussetzungen innerhalb von nur 14 Jahren insgesamt 63.211 Wohnungen (61.175 davon im Programm der „Wiener Gemeindebauten“)[6] von unvergleichlich höherem Standard neu zu errichten und dazu zahlreiche weitere Einrichtungen wie Bäder, Kindergärten, Bibliotheken etc., soll im Folgenden kurz dargestellt werden.



Die vielleicht wichtigste Voraussetzung war der Mieterschutz. Er war bereits im Jänner 1917, also mitten im Krieg, nach dem ersten Arbeiteraufstand eingeführt worden. Der Mieterschutz war das Hauptinstrument zum Bruch der privatkapitalistischen Bodenspekulation, privater Grundbesitz wurde unrentabel, was es wiederum der Gemeinde ermöglichte, Grundstücke zu einem Bruchteil ihres Wertes vor Einführung des Mieterschutzes zu erwerben. Damit erst gelangte die Gemeinde zu den für das Bauprogramm benötigten Flächen.

Die zweite Säule war die sozialdemokratische Steuerpolitik. Da das Bauprogramm, das parallel zur direkten finanziellen Unterstützung Notleidender erfolgte, riesige Summen in Anspruch nahm, mussten die Gelder dort beschafft werden, wo sie vorhanden waren. Der legendäre Finanzstadtrat Hugo Breitner, ehemaliger Direktor der Länderbank, schuf mit einem radikal neuen Steuersystem inklusive der heiß umkämpften „Wohnbausteuer“ die finanzielle Basis, die das Rote Wien überhaupt in die Lage brachte, sein enormes Bauprogramm zu bewältigen. Die wesentlichen Grundsätze waren die Einführung möglichst vieler direkter statt indirekter Steuern, eine starke Progression für hohe Einkommen und die Abkehr von der Finanzierung über Schulden.

Auf Grundlage der dadurch zur Verfügung stehenden Grundflächen und nötigen Gelder zur Finanzierung einer Bautätigkeit, die die Gesundheit und das Wohlergehen aller Bürger unabhängig von ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit zum Ziel hatte, konnte die Umgestaltung der Stadt unter diesen Prämissen rasch in Angriff genommen werden.

Nicht verschwiegen werden darf in diesem Zusammenhang, dass die radikalen Maßnahmen nur möglich waren, weil in der Ära Lueger (1897–1910) wesentliche Voraussetzungen geschaffen wurden, etwa die Kommunalisierung der Wiener Versorgungsbetriebe. Eine kleinbürgerliche Wirtschaftsstruktur, das Fehlen großer Kapitalakkumulationen und ein verbreitetes „antikapitalistisches Klima“ in der Bevölkerung waren ebenso hilfreich.

Der auch heute noch vielfach vertretenen Ansicht, das Rote Wien habe als Hauptziel die Schaffung so vieler Wohnungen wie möglich gehabt, muss deutlich widersprochen werden. Allein nach der reinen Zahl an jährlich neu errichteten Wohnungen wurden vor dem Krieg sogar mehr als doppelt so viele Einheiten geschaffen als in den Jahren 1919–1934. Betrug die jährliche Bauleistung in den Jahren 1881–1914 mehr als 11.000 Einheiten[7], waren es in den Jahren 1919–1934 nur rund 4.200 Wohneinheiten pro Jahr[8]. Nicht die Zahl der Wohnungen, sondern ihre Qualität stand im Fokus.

Das Primat der Verbesserung der Lebensverhältnisse gegenüber der reinen Vermehrung der Anzahl an Wohnungen zeigt sich einerseits bei den Wohngrundrissen selbst: Die typische Mietwohnung vor dem Krieg war, wie bereits erwähnt, etwa 30 m² groß. Sie hatte lediglich ein direkt belichtetes Zimmer, die Küchen

waren meist nur indirekt belichtet und belüftet. Toilette und Fließwasser waren außerhalb des Wohnungsverbands. Die Wohnungen besaßen keine Vorzimmer und wurden häufig über die Küche erschlossen. Im Jahr 1917 waren 73 Prozent der Wohnungen Einzimmerwohnungen, in Arbeiterbezirken noch wesentlich mehr, in Favoriten zum Beispiel waren es 93 Prozent![9]

Für die nun in der Zeit des Roten Wien errichteten Wohnungen gab es bezüglich der Wohnnutzfläche überwiegend zwei Typen, kleinere mit 38 m² und größere mit rund 48 m² Fläche. Wesentlich war der Verzicht auf „Gangsysteme", pro Stiegenhaus waren höchstens vier Wohnungen je Geschoß angeordnet. Toilette und Wasser waren nun individualisiert und im Wohnungsverband, womit jede Wohnung auch einen Vorraum besaß. Alle Küchen hatten Fenster direkt ins Freie, die Küchenböden waren verfliest und verfügten nicht wie bis dahin über eine Kochstelle, sondern über einen Gasherd. Weitgehend neu waren auch Balkone in Mietwohnungen und dass jede Wohnung über ein zusätzliches Kellerabteil sowie einen Zugang zu gemeinsamen Wasch- bzw. Trockenräumen verfügte. Ebenso üblich wurden allgemein benutzbare Duschanlagen. Zur Heizung dienten Koksöfen im Wohnzimmer, und alle Wohnungen wurden mit elektrischer Beleuchtung ausgestattet.

Übrigens wurden die Gemeindebauten des Roten Wien zu ihrer Entstehungszeit international für ihre geringen Wohnungsgrößen stark kritisiert. Das dürfte einerseits auf die geringe Kenntnis der tatsächlichen Notsituation im Wien der Nachkriegszeit zurückzuführen sein. Andererseits dürfte die Kritik aus dem Vergleich mit anderen europäischen Großstädten hervorgegangen sein, die ein Wohnungselend wie Wien in diesem Ausmaß nicht gekannt hatten. Die wesentlichste Schwäche der Kritik ist die Nichtberücksichtigung der zahlreichen Gemeinschaftseinrichtungen, die den Bewohnern zusätzlich zur Verfügung standen, womit die reine Betrachtung der Wohnungsgrößen irreführend ist.

Das äußere Kennzeichen der neuen Gemeindewohnungen war in erster Linie das Verhältnis der verbauten Flächen zu den Freiflächen in jeder Wohnhausanlage, also die radikale Verringerung der Bebauungsdichte. Vor dem Krieg lag die Bebauungsdichte von Wohnhausanlagen noch häufig bei bis zu 80 Prozent der Grundstücksfläche. In den Gemeindebauten des Roten Wien sank diese Dichte beträchtlich. Die übliche Bauweise war die Randbebauung mit geräumigen Innenhöfen. Die Bebauung war zusätzlich oft von der Baulinie abgerückt, wodurch Vorgärten entstanden. Auch dies klare Belege dafür, dass der Fokus der Bautätigkeit des Roten Wien auf Qualität und nicht auf Quantität lag. Ausgaben in die Qualität der Wohnumgebung wurden – im Gegensatz zu heute – keinesfalls als Luxus angesehen.

Die gesamte Strategie dieser Art von Städtebau wird nur in einer gesamtheitlichen Betrachtung der Maßnahmen verständlich. Über den Wohnraum hinaus verfügten die Gemeindebauten über vielfältige Gemeinschaftseinrichtungen wie Kindergärten, Büchereien, Wäschereien, Badeanlagen, Krankenkassenambulatorien, Arztpraxen, Mutterberatungsstellen, Turnsäle und Konsumgenossenschaften. Auch das kann als Beweis dafür gelten, dass es beim Programm des Roten Wien keineswegs in erster Linie um die Schaffung einer höchstmöglichen Zahl an Wohneinheiten gegangen war. Die Aspekte von Gesundheit und Wohlfahrt standen wesentlich stärker im Vordergrund.



Nicht vergessen werden darf, dass für die Erreichung des Ziels einer Gesellschaft mit hoher Lebensqualität für alle neben den eigentlichen Wohnhausanlagen zahlreiche ergänzende Einrichtungen errichtet wurden. Dazu gehören öffentliche Freibäder, allgemein zugängliche Sportanlagen oder zahlreiche Parkanlagen. Die ganzheitliche Sicht auf den Menschen und seine Bedürfnisse als Grundlage für Maßnahmen der Stadtplanung war zu diesem Zeitpunkt ein revolutionärer Ansatz, dessen visionäre Weitsicht die Stadt Wien bis auf den heutigen Tag nachhaltig geprägt hat.

Als Beispiel für den Wert, den das Rote Wien über das Errichten von Wohnungen hinaus auf Gesundheit und Erholung der Bevölkerung legte, kann etwa das Amalienbad gelten. Es wurde 1923–1926 nach Plänen der Architekten Karl Schmalhofer und Otto Nadel erbaut und zählte mit seinen 100.000 m³ umbautem Raum und seiner Benützungsmöglichkeit für 1.300 Personen zu den größten Schwimmbädern Europas. Nichts verdeutlicht den Ansatz der Stadtplanung des Roten Wien besser als diese Freizeit- und Sportanlagen, deren Notwendigkeit für die Entwicklung einer gesunden Gesellschaft man selbst in Zeiten größter Not erkannte.

Um die Leistung zu bemessen, die das Rote Wien in der kurzen Zeit seines Bestandes vollbracht hat, ist ein Blick auf das Wien der Gegenwart der beste Indikator. Wenn diese Stadt heute international für ihre soziale Ausgewogenheit bekannt ist, hat das seine Wurzeln in genau jener Zeit des sozialdemokratischen Experiments in den Jahren zwischen den Kriegen. Wenn wir Wien heute als eine Großstadt erleben, die keine Ghettos kennt, in der Wohnen nach wie vor für die allermeisten leistbar ist, in der sich Frauen auch nachts ohne Risiko im öffentlichen Raum bewegen können, hat all das seine Wurzeln in dem damals begründeten städtebaulichen Ansatz: die Stadt als Ort, der nicht nur Marktmechanismen folgt, sondern allen Bewohnern unabhängig von ihrer jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit die Grundlage zur Teilnahme bietet.

Wien hat viel, und es hat viel zu verlieren. ●

1 Otto Glöckel, Präsident des Wiener Stadtschulrats, in: „Arbeiter-Zeitung" vom 12. Oktober 1930.
2 Anton Weber, Wiener Wohnungs- und Sozialpolitik, in: Das neue Wien, Städtewerk, Band I, Wien 1926.
3 Hans Hautmann/Rudolf Hautmann, Die Gemeindebauten des Roten Wien 1919–1934, Wien 1980.
4 Heinrich Pawlik, Das Wohnungswesen in Wien, in: Ludwig Neumann (Hrsg.), Das Wohnungswesen in Österreich, Wien 1929.
5 Hans Loewenfeld-Russ, Die Regelung der Volksernährung im Kriege, Wien 1926.
6 Hautmann/Hautmann, Die Gemeindebauten des Roten Wien 1919–1934, Wien 1980.
7 Franz Scheidl, Willst du eine Wohnung? Volkswirtschaftliche Schriften, Nr. 1, Wien.
8 Hautmann/Hautmann, Die Gemeindebauten des Roten Wien 1919–1934, Wien 1980.
9 Nach Heinrich Pawlik und Salomon Rosenblum.

# Chronologie der städtebaulichen Argumente

—

Walter M. Chramosta

—

—

**Camillo Sitte**
**Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen, 1889:**
Im allgemeinen aber kann beobachtet werden, daß einer einhelligen ehrenvollen Anerkennung dessen, was in technischer Richtung in Bezug auf den Verkehr, auf günstige Bauplatzverwertung und besonders in Bezug auf hygienische Verbesserungen Großes geleistet wurde, eine fast ebenso einhellige, bis zu Spott und Geringschätzung gehende Verwerfung der künstlerischen Misserfolge des modernen Städtebaues entgegensteht. […] Kann man aber Zufälligkeiten, wie sie die Geschichte im Laufe der Jahrhunderte ergab, am Plane eigens erfinden und konstruieren? Könnte man denn an solcher erlogenen Naivität, an einer solchen künstlichen Natürlichkeit wirkliche, ungeheuchelte Freude haben? Gewiss nicht.

**Cornelius Gurlitt**
**Handbuch des Städtebaus, 1920:**
Stadt und Landschaft sind des Städtebauers Werk.

**Theodor Fischer**
**Colleg über Städtebau, 1926:**
Harter Realismus, Hingabe an das Seiende und Dienst am Wirklichen ist die Aufgabe des Städtebaues.

**Fritz Schumacher**
**Großstadt-Hygiene, undatiert, Ende 1920er Jahre:**
Das Städtebauamt arbeitet einen ganzen in Entwicklung befindlichen Stadtteil im Modell durch, indem es die Verteilung der kubischen Massen seiner Bauten in einfachen Blöcken zur Darstellung bringt. Nach den rhythmischen Absichten dieses Modells richtet sich der projektierende Architekt. Aber diese Absichten bleiben elastisch. Ihre endgültige Form finden sie erst in der Zusammenarbeit mit den ausführenden Architekten. So wird versucht einen möglichst lebendigen Ausgleich zwischen Zwang und Freiheit zu finden und ohne diktatorische Maßnahmen den neu entstehenden Stadtteilen ein Stück Harmonie zu sichern.

**Charles Lindblom**
**The Science of „Muddling Through", 1959:**
Politische Entscheidungsprozesse können nicht verstanden werden als logisches Ergebnis rationaler Erkenntnis, sondern als Ausdruck der Auseinandersetzung zwischen sozialen Akteuren, die ihren Interessen und Logiken folgend argumentieren und handeln. Stadtplanung ist daher eine Art des „Durchwurstelns" („muddling through"), dessen Ergebnis kaum vorhersehbar oder gar planbar ist.

**Louis I. Kahn**
**A Lecture at Pratt University, 1973:**
Allein der Architekt ist berufen, die „große Symphonie" aller Kräfte zu orchestrieren, aus welcher Stadt entsteht.

**Horst W. Rittel,**
**Melvin M. Webber**
**Dilemmas in einer allgemeinen Theorie der Planung, 1973:**
Die Probleme der Stadtplanung und -entwicklung sind bösartig („wicked problems"). Sie sind nicht abschließend definiert, sie haben keine festgelegten Lösungswege, sie lassen kein „richtig" und „falsch" als Beurteilung zu, sondern nur ein „gut" oder „schlecht". Daher bedürfen sie der Verständigung darüber, was das Problem, was gut, was schlecht ist.

**Gerd Albers,**
**Alexandros Papageorgiou-Venetas**
**Stadtplanung. Entwicklungslinien 1945–1980, 1980:**
Wir haben kein klares Bild davon, was wir heute von der Stadt erwarten.

**Claus Offe**
**Wessen Wohl ist das Gemeinwohl? 2002:**
Jede Deutung des Gemeinwohls ist insoweit nur eine, die sich selbst als eine unter mehreren weiß und sich mit rivalisierenden Gemeinwohldeutungen auseinandersetzen muss. Auffällig und auf der politischen Linken eher unerwartet ist aber eine Redeweise, die von „dem" Gemeinwohl im Singular spricht und damit eine Eindeutigkeit suggeriert, die keinen Dissens duldet. Mit gebieterischer Geste erheben sich Vorkämpfer eines solchen als eindeutig und unstrittig präsentierten Gemeinwohls über die Einrede bloßer Interessenten und partikulärer Besitzstandswahrer.

**Franz Pesch**
**Stadtplanung und Wirtschaft – zwischen Konfrontation und Kooperation, 2006:**
Die Rolle gesamtstädtischer, dem Gemeinwohl verpflichteter Planung […] wurde stets überschätzt. Gestaltende Kraft konnte sie vor allem dort entfalten, wo sie der wirtschaftlichen Dynamik vorauseilte und den ökonomischen Erfordernissen räumlichen Ausdruck verlieh, wo sie Standortentscheidungen antizipierte oder dem ökonomischen Druck nachgab und einen gestalterischen Rahmen für private Ansiedlungen schaffte.



**Vittorio Magnago Lampugnani**
**Die Architektur der städtischen Dichte, 2006:**
Die Architektur der Dichte wird überall anders sein, flächendeckend oder aufgetürmt, einheitlich oder gegliedert, geometrisch oder diffus. Die Option der Dichte steht nicht zur Debatte, weil sie funktional, ökonomisch, ökologisch, gesellschaftlich und kulturpolitisch unvermeidlich ist; ihre Umsetzung hingegen wohl. So werden unsere Städte das bleiben, was sie, wenn sie den Namen verdienen, immer waren: Orte der Vielfalt, der Unterschiedlichkeit und der Überraschung.

**Carl Fingerhuth**
**Persönliche Mitteilung an W. M. Chramosta, 26.1.2009:**
Raumplaner denken zweidimensional, Architekten denken dreidimensional, Städtebauer denken vierdimensional, wer denkt heute schon fünfdimensional?

**Institut für Stadtbaukunst, TU Dortmund**
**10 Grundsätze zur Stadtbaukunst heute, 2010:**
**1. Stadttheorie. Komplexität statt Reduktion**
Stadtbaukunst muss alle Aspekte der Stadt umfassen und ihnen Gestalt geben. Städte lassen sich nicht auf einzelne Aspekte und deren Bewältigung durch einzelne Disziplinen reduzieren.
**2. Stadtbild. Städtebau statt Fachplanung**
Das Stadtbild entsteht aus der bewussten Anordnung und Gestaltung städtischer Bauwerke und bedarf eines auf dauerhafte Schönheit bedachten Städtebaus. Die Vernachlässigung des überkommenen Stadtbildes in der Stadtplanung, die durch die Trennung der unterschiedlichen Planungsbereiche verursacht wird, verhindert die Entwicklung umfassend qualitätvoller Lebensorte.
**3. Stadtarchitektur. Gebautes Ensemble statt individualistischer Eventarchitektur**
Städtische Architektur muss Ensembles mit ausdrucksreichen Fassaden bilden und ein gegliedertes Ganzes von zusammenhängender Textur und Substanz schaffen. Ausschließlich individualistische Eventarchitektur löst den städtischen Zusammenhang und die Verständlichkeit des öffentlichen Raums auf.
**4. Stadtgeschichte. Langfristige Stadtkultur statt kurzfristiger Funktionserfüllung**
Städtebau ist eine kulturelle Tätigkeit, die auf historischer Erfahrung und Bildung aufbaut. Vorgeblich wissenschaftliche Modelle und spontan verfasste Leitbilder wie beispielsweise die „verkehrsgerechte Stadt" verkennen den langfristigen und umfassenden Charakter der Stadt.
**5. Stadtidentität. Denkmalpflege statt Branding**
Die Identität der Stadt entsteht durch ihre langfristige Geschichte sowie die Pflege ihrer Denkmäler, ihres Stadtgrundrisses und ihrer Baukultur. Individualistisches Branding verleugnet die bestehenden Eigenheiten des Ortes und leistet dem Identitätsverlust im Zeitalter der Globalisierung Vorschub.
**6. Stadtgesellschaft. Stadtquartier statt Wohnsiedlung und Gewerbepark**
Das Stadtquartier mit Funktionsmischung und architektonisch gefassten Räumen bildet das Grundelement der auf vielfältigen Lebensweisen beruhenden Stadt. Monofunktionale Siedlungen sowie Einkaufs- und Gewerbeparks vor der Stadt zerstören die Urbanität und verhindern die Identifikation der Stadtgesellschaft mit ihrer Stadt.
**7. Stadtpolitik. Stadtbürger als Gestalter statt anonymer Immobilienwirtschaft**
Städtisches Bauen soll vor allem von verantwortungsbewussten Bürgern als künftigen Nutzern getragen werden und auf einem gleichberechtigten Zugang zu einem auf der Parzelle gegründeten Bodenmarkt beruhen. Institutionelle Bauträger wie öffentliche Wohnungsbaugesellschaften oder Immobilienfonds ohne langfristiges Interesse an der Qualität des Ortes schaffen keine guten Stadtbauten.
**8. Stadtökonomie. Einzelhandel statt Ketten**
Die Stadtökonomie sollte stärker vom diversifizierten innerstädtischen Einzelhandel und Gewerbe getragen werden. Allein Großketten und ausgelagerte Großbetriebe machen die Stadtökonomie krisenanfälliger und vernichten urbane und selbstbestimmte Arbeitsplätze.
**9. Stadtverkehr. Stadtstraßen statt Autoschneisen**
Stadtstraßen sind vielfältige und wohlgestaltete Aufenthaltsräume, die neben den verschiedenen Arten des Verkehrs auch dem Einkaufen, dem Spazieren, dem sozialen Kontakt, der politischen Manifestation und dem Vergnügen dienen. Monofunktionale Autoschneisen und Fußgängerzonen zerstören die Stadt.
**10. Städtische Umwelt. Nachhaltig bauen statt schnell verpacken**
Die Nachhaltigkeit der städtischen Umwelt entsteht durch umfassende und solide Dauerhaftigkeit und Urbanität. Die Reduktion der notwendigen Energieeinsparungsmaßnahmen auf ölbasierte Wärmedämmverpackungen und solitäre Energiehäuser schafft die Umweltprobleme von morgen.

**Ergebnis des kooperativen ExpertInnenverfahrens Hotel InterContinental Wien – Wiener Eislaufverein, 2012:**
Den StadtbewohnerInnen wird öffentlicher Raum zurückgegeben. Bauliche Barrieren und Zugangshindernisse werden beseitigt und Sichtbeziehungen verbessert. Wege und Plätze werden verbunden und deren Attraktivität gesteigert, differenzierte Freiräume mit hoher Aufenthaltsqualität werden geschaffen. Die wertvolle historische Stadtlandschaft wird respektiert und im Maßstab bewährter, existierender Bausteine bewusst ergänzt.

**Luigi Snozzi**
**25 Aphorismen zur Architektur, 2013:**
Ich liebe die Stadt. Jeder bauliche Eingriff bedingt eine Zerstörung: Zerstöre mit Verstand!

**Franz-Josef Höing,**
**Christoph Mäckler,**
**Markus Neppl,**
**Franz Pesch,**
**Wolfgang Sonne,**
**Ingemar Vollenweider,**
**Kunibert Wachten,**
**Jörn Walter,**
**Peter Zlonicky**

**Die Stadt zuerst! Kölner Erklärung zur Städtebau-Ausbildung, 2014:**
Wenn in Deutschland Stadt gebaut wird, planen die Hauptverantwortlichen zumeist aneinander vorbei: Architekten planen solitäre Einzelbauten, statt den Stadtraum zu ergänzen, in den sie sich einzufügen haben. Stadtplaner planen die Organisation von Prozessen, statt Stadträume zu entwerfen. Verkehrsplaner planen Verkehrs-Trassen, statt Stadtstraßen zu entwerfen. Niemand also plant den konkreten Stadtraum: Die Stadt kommt zuletzt.
[...] Deutschland war noch nie so wohlhabend, seine Stadträume aber noch nie so armselig. Die Planungssysteme waren noch nie so ausgefeilt, die Bürger aber erhielten noch nie so wenig städtebauliche Qualität.

**Uwe Altrock,**
**Frauke Burgdorff,**
**Carl Fingerhuth,**
**Andreas Fritzen,**
**Anne Klasen-Habeney,**
**Ingrid Krau,**
**Maren Harnack,**
**Detlef Kurth,**
**Angela Million,**
**Reiner Nagel,**
**Philipp Oswalt,**
**Klaus Overmeyer,**
**Elke Pahl-Weber,**
**Martin Prominski,**
**Christa Reicher,**
**Stefan Rettich,**
**Iris Reuther,**
**Tim Rieniets,**
**Brigitte Schmelzer,**
**Alexander Schmidt,**
**Christina Simon-Philipp,**
**Albert Speer,**
**Jörg Stollmann,**
**Hilmar von Lojewski,**

**Michael Zirbel,**
**Martin zur Nedden**
**100 % Stadt. Positionspapier zum Städtebau und zur Städtebauausbildung, 2014:**
**Was müssen wir tun?**
**Zeitgenössische Leitbilder entwickeln!**
Städtebauliche Leitbilder entstehen immer wieder in spezifischen historischen Situationen. Auch die heutige Generation der Stadtplaner sollte aktuelle, zeitgemäße Leitbilder entwickeln. Dies im Bewusstsein, dass die Gestaltung von Stadt zunehmend komplexer geworden ist und sich mit der Gesellschaft permanent verändert. Die Leitbilder müssen auf den vielschichtigen Gesetzmäßigkeiten des Ortes beruhen und ein tragfähiges Zukunftsbild für die Stadt von morgen entwerfen.
**Komplexität zulassen!**
Städtebau, Stadtplanung und Stadtentwicklung sind komplexe Prozesse, an denen nicht nur Architekten, Stadtplaner und Ingenieure beteiligt sind, sondern Politiker, institutionelle und private Investoren, Kreative, Soziologen, Klimaforscher, Lichtdesigner, Eventmanager und mehr denn je die städtische Bürgerschaft selbst. Städtebauliches Entwerfen erfordert eine Auseinandersetzung mit der ganzen, komplexen Stadt und muss für diese sowohl an ihren Rändern als auch in ihrer Mitte Qualitäten definieren. Städtebaulich Handelnde tragen Mitverantwortung für die Vielfalt und den sozialen Frieden, für den wirtschaftlichen Wohlstand und die ökologische Tragfähigkeit unserer Städte.
**Geschichte(n) fortschreiben!**
Dabei gilt es, auf die Geschichten der Stadt zu hören, ihre Entstehung zu begreifen, an sie anzuschließen oder – wo die Substanz den Regeln der Gegenwart nicht mehr entspricht – eine neue Schicht zu entwickeln. Die Moderne ist heute eine dieser Ge-Schichten, unser heutiges Handeln wird morgen auch eine dieser Schichten sein! Zeitgenossenschaft im Städtebau bedeutet, starke Positionen einzunehmen, mit denen eine internationale Stadtgesellschaft entwickelt werden kann. Gleichzeitig ist Entwerfen aber auch als Entdeckungs- und Forschungsprozess auf der Basis historischer Fundamente zu begreifen.
**Den Dichtebegriff überprüfen und justieren!**
Dichte ist ein relativer Begriff geworden. Sie hat in vielen Städten Europas abgenommen, in manchen aufgrund geringerer Nachfrage, in vielen aufgrund gehobener Lebensstandards. Die physische Dichte der Stadt muss an den Rändern und in ihrem Kern mit Blick auf die sozialen, funktionalen und ökologischen Anforderungen immer wieder überprüft und neu justiert werden.
**Die Herausforderungen des Klimawandels ernst nehmen!**
Städte müssen so gestaltet werden, dass der Ausstoß von Treibhausgasen reduziert wird und sie sich an den Klimawandel anpassen können. Die akute Bedrohung unserer Lebensqualität fordert eine behutsame Balance aus gebauten und freien Räumen und verlangt eine verträgliche Mischung von Funktionen mit möglichst kurzen Wegen.
**Die Landschaft als urbanes Element verstehen!**
Gebaute Räume und Landschaften sind komplementäre Bestandteile von urbanem Leben und schon lange keine „Gegenspieler" mehr. Die Landschaft ist zu einer gleichberechtigten Partnerin im urbanen Gefüge geworden. Städtisches Leben findet auch in ländlichen Räumen statt, also überall dort, wo wir an die Daten- und Informationsnetzwerke, die unsere Gesellschaft zusammenhalten, angeschlossen sind.

**Hubert Klumpner**
**Persönliche Mitteilung an W. M. Chramosta im Anschluss an den Vortrag „The Urbanization of Everything" an der Vienna Design Week, 7.10.2016:**
Die Top-down-Konzepte der Städtebauer und die Bottom-up-Wunschbilder der Bürger sind für gelingende Stadtplanung zwingend zusammenzubringen. Bodenpolitik ist ernst zu nehmen!

**Sarah Ginski,**
**Klaus Selle,**
**Fee Thissen,**
**Lucyna Zalas**
**Multilaterale Kommunikation. Die Perspektiven der Fachleute, 2017:**
Wenn Quartiers- oder Stadtentwicklungspläne aufgestellt oder bedeutsame Projekte vorbereitet werden, finden in der Regel umfassende Erörterungen mit vielen Beteiligten statt – z. B. mit verschiedensten Ämtern und Dezernaten der Verwaltung sowie den Eigenbetrieben der Kommunen, mit Behörden auf verschiedenen Ebenen, mit Gremien der lokalen Politik, mit Nachbarkommunen, mit Institutionen, Unternehmen, Verbänden, mit verschiedenen Fachöffentlichkeiten, mit Initiativen und Arbeitskreisen sowie mit der allgemeinen Stadtöffentlichkeit.



[...] Dieser kommunikativen Vielfalt wird das traditionelle bi-laterale Bild („Stadt" vs. „Öffentlichkeit") nicht gerecht. Daher sprechen wir von multilateraler Kommunikation. [...] Was ist [dabei] besonders wichtig? [...] Beteiligung ist zur wesentlichen und selbstverständlichen Voraussetzung der Stadtplanung geworden [...] Verständlich und auf Augenhöhe kommunizieren [...] Keine Pseudobeteiligung! [...] Die Gestaltung der Beteiligung muss stimmen [...] Vertrauen ist das Allerwichtigste [...]

**Klaus Selle**
**Planung in der „Status-Quo-Gesellschaft": zehn skeptische Fragen. Oder: Plädoyer für die Wiederbelebung der Kunst des systematischen Zweifels, 2018:**
**1. Hat der Papst nicht recht?**
Alle sind sich einig: Die Gesellschaft ist spätestens seit Beginn der Industrialisierung einem ungeheuren Veränderungsdruck ausgesetzt – der sich in den letzten Jahrzehnten womöglich noch beschleunigt hat.
**2. Der Zug der Zeit hat keine Haltestellen: Was heißt da „Status Quo"?**
Die Zumutungen des Wandels führen zu gesellschaftlichen Folgen mit erheblicher Brisanz.
**3. Ratlos: Ist Veränderung nur durch Veränderung zu bewirken?**
Auch wenn der „Zug der Zeit" nicht anzuhalten ist, so wird doch von vielen Seiten und auf unterschiedliche Weise versucht, die Wucht der Beschleunigung zu mindern und Weichen neu zu stellen, um die Entwicklungen in (umwelt-)verträgliche Richtungen umzusteuern. Aber auch das bedeutet: Wandel.
**4. Veränderung und Konstanz: Wollen wir nicht immer beides?**
Auf der individuellen Ebene wird sichtbar, was auch gesellschaftlich von Bedeutung ist: Wir wollen sehr wohl Veränderung – eine, die wir uns wünschen und möglichst auch selbst herbeiführen können. Vermeiden hingegen möchten wir Veränderungen, die uns (vermeintlich) schaden bzw. die uns aufgezwungen werden.
**5. Mehr Widerstand gegen räumlichen Wandel: Tatsächlich?**
Es gibt kaum Belege dafür, dass in den letzten Jahren der Widerstand gegen räumliche Veränderungsprozesse in den Städten tatsächlich zugenommen hat. Wohl haben sich Artikulations- und Austragungsformen verändert. Und es gibt zudem Grund zu der Annahme, dass ein Großteil der Erfahrungen, die man in der Praxis heutzutage machen muss, weniger mit der Gesellschaft als vielmehr mit der Art der Aufgaben zusammenhängt, die der räumlichen Planung zugewiesen werden.
**6. Alles nur NIMBY, alle immer dagegen – wirklich?**
Motive und Ziele derer, die gegen Planungsvorhaben protestieren, sind vielschichtiger, als es die Kritik daran zur Kenntnis nimmt. Ganz wie auf der individuellen Ebene (vgl. Frage 4) sind auch bei den Planungsprotesten widersprüchliche Strebungen im Spiel, geht es um die Verteilung von Nutzen und Lasten, um Selbst- und Fremdbestimmung etc. Und: Abwehr von Veränderungen kann selbst auf Veränderung zielen. Wer ein „Dagegen" formuliert, hat zumeist auch ein „Dafür" im Sinn. Kurzum: Heterogene Motivlagen auf einen Nenner zu reduzieren ist in keiner Weise hilfreich.
**7. Ist das Gedächtnis unserer Disziplin zu kurz?**
Seit den 1960er Jahren brechen immer wieder öffentlich ausgetragene Konflikte um Stadtentwicklungsprozesse auf. Das gab vielfach Anlass, kritische Fragen an die jeweils dominierende Planungsideologie zu richten und den Wert von Widerstand schätzen zu lernen. Es scheint so, als seien diese Lehren der Vergangenheit heute nicht mehr präsent.
**8. Was ist aus dem „eingebauten Selbstzweifel" geworden?**
Die aktuellen Aufgabenzuweisungen an unsere Profession scheinen ohne Alternativen zu sein. Jedenfalls hört man aus Fachkreisen wenig Kritik – weder an der wiedererwachten Orientierung am Wachstum noch an den Hauruck-Verfahren, mit denen Quantitäten produziert werden. Und die gute alte Frage nach dem „Cui bono?", also danach, was wem nutzt und wem nicht, wird in der Fachdiskussion kaum mehr gestellt.
**9. Sind alte Rollenbilder immer noch wirkmächtig?**
Es scheint so, als kämen in den aktuellen Raumnutzungskonflikten alte, überholt geglaubte Vorstellungen von der Rolle der Planungsfachleute zum Ausdruck – einerseits das Bild der unpolitischen Experten, die vorgegebene Ziele durchzusetzen haben, und andererseits das Rollenmodell derer, die wissen, was gut für andere ist.
**10. Haben wir ein zutreffendes Bild vom „Gemeinwohl" und unserer Rolle bei dessen Entstehung?**
Immer wieder stößt man auf die Vorstellung, die Planerinnen und Planer verträten „das Gemeinwohl". Das aber ist nicht der Fall. Weil es „das Gemeinwohl" im Singular nicht gibt. Und weil es nicht „besteht", sondern situativ hergestellt werden muss – in Verfahren, für deren ordnungsgemäße und faire Durchführung gelegentlich auch Kolleginnen und Kollegen unserer Profession zuständig sind. [...] Fest steht in jedem Fall, dass Fachleute, für die nur die eigene Meinung zählt, der andere zu folgen haben, nicht in die Zeit passen. Das hatten wir schon einmal gelernt. Daran lohnt es sich zu erinnern. Und natürlich auch daran, dass Gemeinwohl für uns, zumindest dort, wo wir in öffentlichem Auftrag handeln, weiterhin ein Leitmotiv ist und sein sollte. Aber eben nicht in dem Sinne, dass wir es vertreten, will sagen: unsere Fachmeinung mit dem Gemeinwohl gleichsetzen. Sondern dass es eine unserer besonderen Aufgaben ist, Verfahren zu gestalten, in denen das, was das Gemeinwohl am jeweiligen Ort und zur jeweiligen Zeit sein könnte, in durchaus und aus guten Gründen kontroversen Prozessen bestimmt werden kann.

# Mission Statement

# Interdisziplinäre Debatten der Kammer schaffen Bewusstsein

—

Nina Krämer-Pölkhofer,
Generalsekretärin der Kammer
der ZiviltechnikerInnen

—

—



Die Stadt gehört allen. Sie ist es wert, permanent Kritik an ihren konkreten Entstehungsbedingungen zu üben und transparente Prozesse zu fordern. Der Boden ist als öffentlicher Raum die zentrale Ressource der Stadt und berührt immer Allgemeininteressen. Als Standesvertretung der Fachleute in Städtebau, Stadtplanung und Stadtentwicklung, der staatlich befugten und beeideten Ziviltechniker(innen), hat die Kammer das interdisziplinäre Positionspapier der Architekt(inn)en und Ingenieur(inn)e(n) „Thesen zur Stadt“, aufbauend auf dem Strategiepapier „Stadtentwicklung Wien“ von Pauhof Architekten, herausgebracht. Die Thesen wurden im für alle Interessierten kostenfreien und offenen Diskurs in den „Stadt finden“-Fachdebatten, die auf der Kammerwebsite wien.arching.at im Stream nachgesehen werden können, transparent diskutiert. Eine Dokumentation der Debatten sollen auch die folgenden Seiten liefern. Es hat sich gezeigt, dass es zwischen dem politischen Grundsatzprogramm und bauplatzscharfen Bebauungsbestimmungen überörtlicher Festlegungen bedarf, um zu einem konsistenten Stadtganzen zu gelangen. Es ist wichtig, Auswahlverfahren von Beginn an transparent, für potentiell Teilnehmende offen zu gestalten und bei städtebaulich relevanten Projekten die Kammer der ZiviltechnikerInnen frühzeitig einzubinden und in Kooperation qualitätsorientierte Verfahren zu gestalten, die auf bestmögliche Ergebnisse, hohe Akzeptanz und Rechtssicherheit fokussiert sind. Ziviltechniker(innen) sind in höchstem Maße an funktionierenden rechtsstaatlichen Abläufen sowie an transparenten und fairen Vergabeverfahren interessiert. Einerseits weil sie mit Planungen, von ihnen erstellten Gutachten und Urkunden selbst zu diesen beitragen, andererseits weil die Kammer von der Notwendigkeit und Qualität der Leistungen ihrer Mitglieder überzeugt ist.

Die Stadt bewegt ihre Bewohnerinnen und Bewohner. Der Diskurs, die öffentliche Debatte muss in einer Demokratie geführt und konstruktive Kritik als solche verstanden werden können. Das Interesse an unserer Stadt und am Erhalt der außerordentlichen Qualitäten, die Wien zu bieten hat, ist eindrucksvoll vorhanden: Von der Auftaktveranstaltung am 23. Mai 2017 bis zum Round-up am 12. März 2018 haben Planende, Politiker(innen), Projektentwickelnde, Grundstückseigentümer(innen), Investor(inn)en, Bauträger, Jurist(inn)en, Journalist(inn)en und Bürger(innen) die Fachdebatten aktivst genutzt, um die verschiedenen Aspekte des jeweiligen Themas zur Sprache zu bringen und zu diskutieren.

# Thesen zur Stadt

# Thesen zur Stadt

Kammer der ZiviltechnikerInnen für Wien, Niederösterreich und Burgenland:
Interdisziplinäre Position der Architekt(inn)en und Ingenieurkonsulent(inn)en zu Stadtplanung, Städtebau und Strategie für die Zukunft

—
—

## Präambel

Die europäische Stadt ist über Jahrhunderte gewachsene Raumstruktur, die den Rahmen bildet für die zwischenmenschliche Kommunikation, die soziale und wirtschaftliche Interaktion ihrer Bewohnerinnen und Bewohner. Obwohl im Laufe der Zeit enorme Umwälzungen über die Stadt hereinbrachen, blieben ihre grundlegenden Mechanismen erstaunlich stabil.

Erst die starke Fokussierung auf die Stadt als Summe technischer Infrastrukturanforderungen und deren jeweils getrennte Betrachtung hat fragmentierte Stadtquartiere hervorgebracht, deren Probleme ihr zunehmend zusetzen. Die steigende Unzufriedenheit mit monofunktionalen Zonen, in denen wesentliche städtische Qualitäten verloren gegangen sind, wird immer vehementer artikuliert. Wenn wir eine nostalgische und rückwärtsgewandte Museumsauffassung der Stadt vermeiden wollen, werden wir Antworten auf die Befriedigung dieser menschlichen Grundbedürfnisse in der zeitgenössischen Stadt finden müssen. Die durch ihre Geschichte bedingte Identität der Stadt ist zu erhalten und zu entwickeln.

## 1. Wie entwickeln wir die Stadt?

Ohne Vorstellung der Stadt als eines Ganzen bauen wir immer nur Bruchstücke.

Das Stadtganze ist mehr als die Summe der Teile.

Stadtplanung als Befriedigung technischer Notwendigkeiten hat zur Verwüstung der Städte geführt.

Die fragmentierte, entmischte Stadt versagt als identitätsstiftender Raum. Wir benötigen auch in dezentralen Zonen Instrumente und Verfahren zur Entwicklung einer kompakten, gemischten Stadt für unsere Ansprüche. Die ganzheitliche Sicht auf die Stadt ist eine interdisziplinäre.

Wenn wir keine zeitgemäße Stadt schaffen, die auch die emotionalen Ansprüche der Menschen berücksichtigt, überlassen wir das Feld den Nostalgikern.

Aufgrund jahrzehntelanger Fehlentwicklungen dürfen wir neue Stadtquartiere und Stadtlandschaften nicht als Mehr des Immergleichen entwickeln, sondern müssen sie als Reparaturtools für bisherige Versäumnisse begreifen.

Die Stadt der Zukunft muss sich dem Klimawandel anpassen und ihm entgegenwirken.

## II. Was ist Städtebau?

Städtebau ist kreativ-schöpferische Leistung.



Der städtebauliche Entwurf als künstlerischer Akt bildet die Grundlage.

Bauwerke, selbst Werke der Baukunst, ergeben allein keine Stadtbaukunst.

Jede Stadtentwicklung bedingt eine städtebauliche Strategie.

Städtebau ist kollektiver Ausdruck der Baukultur.

Städtebau schafft eine ganzheitliche Sicht aller Infrastrukturen einer Stadt. Der faire und transparente Wettbewerb der besten kreativen Entwürfe beruht auf klaren und nachvollziehbaren Spielregeln aus der Stadtplanung.

## III. Worauf beruht die Stadtplanung?

Stadtplanung ist die Grundlage der Grundstückswidmung. Die Festlegung der Grundstücksnutzung greift nachhaltig in Werte und Lebensbedingungen ein und setzt deshalb im Rechtsstaat höchstmögliche Sensibilität, Transparenz und Nachvollziehbarkeit voraus. Der Flächenwidmungsplanung vorangehend sind die Grundzüge der Stadtentwicklung verbindlich und begründet festzulegen.

Stadtplanung dient nicht zuletzt der Herstellung von Gerechtigkeit.

Ohne Gerechtigkeit gibt es keine soziale Stadt.

Privatinvestment folgt den Bedürfnissen der Allgemeinheit, nicht umgekehrt.

Das Recht des Stärkeren ist der Feind der sozialen Stadt.

Der Begriff des „öffentlichen Mehrwerts“ ist ein Danaergeschenk der Stadtplanung. Er gibt vor, dass öffentliche Interessen im Widmungsgeschehen verhandelbar und abtauschbar wären. Das öffentliche Interesse ist im Rechtsstaat jedoch der einzige und alleinige Maßstab und durch das Baurecht definiert.

Aushandlungsprozesse im Sinne privatrechtlicher Instrumente der Vertragsraumordnung dienen der präziseren Umsetzung und/oder Beschleunigung der Ziele hoheitlicher Raumordnung, aber keinesfalls als deren Ersatz.

Die Wahl geeigneter Verfahren ist essentiell, ist aber der Rahmen für die geistige Leistung und nicht deren Ersatz.

Jeder Ausschluss von Befähigten und Befugten von Verfahren zum Städtebau beraubt die Allgemeinheit geistigen Potentials, vermindert die Transparenz und schafft Ungleichheit.

## IV. Welche Änderungen benötigt die Stadtplanung?

Zwischen dem politischen Grundsatzprogramm und bauplatzscharfen Bebauungsbestimmungen bedarf es überörtlicher Festlegungen, um zu einem konsistenten Stadtganzen zu gelangen. Das transparente und zeitgemäße Instrument der strategischen Umweltprüfung sollte dabei aufgewertet werden.

Im Sinne von Transparenz und Objektivität ist die Trennung zwischen hoheitlichen Aufgaben (Ordnungsplanung) und der Projektentwicklung (Objektplanung) zu schärfen.

Flächenwidmungsplanung und Bebauungsplanung sind zu entflechten, um eine nach Planungshorizonten und Detaillierungsgraden abgestufte Stadtplanung zu forcieren.

Die Aufsplitterung von Agenden des Städtebaus hemmt ein Handeln, welches das Ganze nicht aus dem Auge verliert. Wir benötigen in diesem Sinne eine übergeordnete Verantwortung.

Die Stadt ist es wert, permanent Kritik an ihren konkreten Entstehungsbedingungen zu üben. Kritik ist in diesem Zusammenhang nicht als destruktiv zu begreifen, sondern im Gegenteil als Notwendigkeit zur Weiterentwicklung, die auch ausreichender Publizität bedarf. Ein fachlich fundierter öffentlicher Diskurs ist Grundlage der Vision „Stadt“.

Der Boden ist als öffentlicher Raum, Grünraum, Bauland usw. eine zentrale Ressource der Stadt. Der Umgang mit Boden als nicht vermehrbarem Gut berührt immer Allgemeininteressen. Eine aktive Bodenpolitik ist Voraussetzung für den sozialen Zusammenhalt.

# Was braucht die Stadt? Rahmenbedingungen für eine Stadtplanung der Zukunft

23. Mai 2017
Architekturzentrum Wien

01

# Was braucht die Stadt?

„Rahmenbedingungen für eine Stadtplanung der Zukunft“ zu erklären ist das programmatische Ziel zur Offensive „Stadt finden“-Fachdebatten der Kammer der ZiviltechnikerInnen für Wien, Niederösterreich und Burgenland. Eine Nachlese zur Auftaktveranstaltung am 23. Mai im Architekturzentrum Wien.

—

Walter M. Chramosta

—

—

Als 2014 deutsche Fachleute ein Positionspapier zum Städtebau veröffentlichten, wurde damit ein Unbehagen an der rezenten Stadt manifest. Die „Kölner Erklärung“ behauptete: „Deutschland war noch nie so wohlhabend, seine Stadträume aber noch nie so armselig.“ Viele fühlten sich von den vermeintlich zu kurz gegriffenen Argumenten aus ihrem Kreis herausgefordert. Das Gegenpapier „100 % Stadt“ differenzierte bereits: „Jede lebendige Stadt besteht vor allem aus den Erzählungen der Vergangenheit und den gegenwärtigen Erwartungen an die Zukunft.“ So kam eine überfällige Debatte über den Städtebau in Gang und erreichte bald auch Österreich.

In Wien waren die Diskurserwartungen zugleich wegen umstrittener städtebaulicher Entscheidungen gespannt; die auch von der Kammer ausgehende Kritik löste aber keine Grundsatzdiskussion aus. So sah sich 2016 eine interdisziplinär zusammengesetzte Arbeitsgruppe in der Kammer motiviert, ein Strategiepapier anzudenken, um die eigenen Interessen an der Stadt zu verdeutlichen. Kein großes, aber ein sehr qualifiziertes Publikum hörte am 23. Mai im Az W, wie Präsident Peter Bauer und Vizepräsident Bernhard Sommer das bereits gedruckte Manifest verlasen. Vertiefend betonte Bauer das gemeinsame Interesse an einem lebenswerten, offenen Wien. Sommer hob den künstlerischen Anspruch an den Entwurf der Stadtgestalt hervor, eine kommerzielle Verödung des öffentlichen Stadtraums könne nicht hingenommen werden.



Darauf reagierte der grüne Gemeinderat Christoph Chorherr positiv mit einer „Steigerung seiner Flughöhe“, indem er sieben Randbedingungen für die Wiener Stadtplanung benannte: die sozial gerechte Stadt; den Klimawandel; die Qualität der öffentlichen Räume; die Nutzungsvielfalt; die Umbaubarkeit der Stadt; die Lebendigkeit der Stadt; die Stadtplanung braucht Zeit. Thomas Madreiter, Wiener Planungsdirektor, konstatierte zweifelsfrei einen Paradigmenwechsel in der Planungskultur in Wien – ein Shift von einer scheinbar vorrangig zu einer stärker transparenten normativen Kultur mit klarer benannten diskursiven Elementen. Städtebauliche Standards, sozialpflichtiges Grundeigentum oder Städtebauausbildung sollten mit der Kammer gemeinsam argumentiert werden.

Christian Kühn, Professor an der TU Wien, nahm Bezug auf die deutschen Pamphlete und propagierte eine Deutung der Stadt als kollektiv genutztes Objekt, im Gegensatz zu einer Deutung der Stadt als von Subjekten getragene Vorstellung. Eine vorwiegend in den Köpfen bewahrte Stadt habe zur Vernachlässigung der Stadt als Objekt und der städtebaulichen Bearbeitung, der Stadtbaukunst, geführt. Kühn begrüßte das Manifest, weil es das Phantasma eines konsistenten Stadtganzen hochhalte, weil Stadtplanung als schöpferische Leistung und als Garant von Gerechtigkeit anerkannt werde und weil eine Reorganisation der Stadtplanung Wien ventiliert wird.

Stephan Schulmeister, Ökonom, war vom Manifest angetan, weil es ein zutiefst anachronistischer Text sei, der besser in die soziale Marktwirtschaft der 1960er Jahre gepasst hätte als in die neoliberale Gegenwart. Das Manifest wäre ausbaubar zu einer konkreten Verteidigungslinie im intellektuellen Krieg gegen einen Neoliberalismus, dessen Ende noch nicht absehbar ist: Es wäre sinnvoll, die Thesen als politisches Konzept für den umstrittenen „Lebensraum Stadt“ zu schärfen. Migration und Weltwirtschaft könnten Wien ohne befriedende Strategie in eine Krise führen.

Die Publikumsdiskussion war weit ausufernd, manches Missverständnis zwischen Architektur und Raumplanung wurde deutlich. Durchgängig war die Sorge um die Zukunft Wiens als soziale Stadt herauszuhören. Die „Thesen zur Stadt“ wurden damit noch nicht wirklich auf die Probe gestellt. Ein solches interdisziplinäres Credo zu verlautbaren, erforderte Mut und eine gewisse Anmaßung. Der erste Lohn sind akzeptierte Grundsätze mit interdisziplinärer Beschlusslage in der Kammer, auf die standespolitisch gebaut werden kann. Deutschland hat es bisher zu nichts Vergleichbarem gebracht. ●

**Das gemeinsame Interesse gilt einer lebenswerten, für alle Bevölkerungsgruppen offenstehenden Stadt und der Erhaltung und Entwicklung der außerordentlichen Qualitäten, die Wien zu bieten hat. Dies bedarf einer gesamtheitlichen Betrachtung, die räumliche, infrastrukturelle, soziale und Umweltkriterien vereint. Voraussetzung dafür ist, dass wir eine Vorstellung entwickeln, was zeitgemäße Stadt ist.**

—

Präsident DI **Peter Bauer**

—

—

**Mit der Erfüllung infrastruktureller und technischer Voraussetzungen schafft man Ansiedlungen, aber keine Stadt. Städtebau ist kreativ-schöpferische Leistung. Der städtebauliche Entwurf als künstlerischer Akt bietet die Grundlage. Es braucht den kreativen Akt, um aus räumlichen Agglomerationen eine Stadt als Ort der Identifikation zu schaffen, der menschliche Bedürfnisse jenseits der Erfüllung funktionaler Ansprüche befriedigt.**

—

Vizepräsident Architekt DI **Bernhard Sommer**

—

—

**Stadtplanung dient nicht zuletzt der Herstellung von Gerechtigkeit. Ohne Gerechtigkeit gibt es keine soziale Stadt. Eine soziale Stadt ist jene, die es der größtmöglichen Zahl an Bewohnern und Bewohnerinnen ermöglicht, unabhängig von ihrer wirtschaftlichen oder sozialen Potenz teilzuhaben. Das erfordert Regeln, die für alle gleichermaßen gelten, als Ausgleich zwischen Stärkeren und Schwächeren in der Gesellschaft, was gerade Wien in der jüngeren Vergangenheit wie kaum eine andere Stadt geschafft hat.**

—

Architekt DI **Christoph Mayrhofer,**
Vorsitzender der Sektion ArchitektInnen

—

—

**Zur sozial gerechten Stadt: Hier bedarf es enormer Anstrengung der Stadt in ihrer Gesamtheit, Druck auszuüben, z. B. mit städtebaulichen Verträgen Liegenschaftseigentümer zu zwingen, einen signifikanten Anteil ihres Gewinns für soziale Bereiche abzugeben. Stadtplanung und Stadt brauchen Zeit. Wirklich beurteilen kann man neue Quartiere nach 30, 40 Jahren, wenn sie von ihren Bewohnern in Beschlag genommen wurden.**

—

Mag. **Christoph Chorherr,** Gemeinderat,
Ausschuss Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz,
Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung

—

—

**Die Stadt sind die Menschen. Stadt ist ein Kollektiv von Menschen, die sich aus sozialen Gründen zusammengefunden haben. Die Stadt verändert sich derzeit so massiv wie nie zuvor. Das Engagement der Interessenvertretung der Architekten und Ingenieure dazu empfinde ich als wirklich wichtig und unterstützend. Ich freue mich über die Initiative zum Dialog und ich glaube, gemeinsam können wir hier einiges zusammenbringen.**

—

**DI Thomas Madreiter,**
Planungsdirektor der Stadt Wien

—

—

**Das Charakteristikum der Großstadt ist, dass sie einen Namen hat, aber viele Identitäten, nämlich so viele wie Menschen. Die Stadtplanung der letzten Jahrzehnte hat in vielen Fällen den Schluss gezogen, dass es sich nicht lohnt, die Stadt als Objekt zu betrachten, das sich gestalten lässt. Mir ist die Stadt als Objekt ein großes Anliegen und ebenso, dass man der Disziplin der Stadtbaukunst Raum geben muss, sie herausfordern muss, sie in größeren Dimensionen arbeiten lassen muss.**

—

Ao. Univ.-Prof. DI Dr. techn. **Christian Kühn,**
TU Wien

—

—

**Mir gefällt der anachronistische Text der Thesen zur Stadt, weil die Grundannahme der herrschenden gesellschaftspolitischen Ideologie direkt angegriffen wird. Hier wird von Begriffen gesprochen, die in der politischen Debatte Europas nicht mehr existieren: soziale Gerechtigkeit, Zusammenhalt etc.**

—

Mag. Dr. **Stephan Schulmeister,** Ökonom

—

—

**❶**
**Expert(inn)enrunde am 23. Mai im Az W mit (v. l.) Barbara Tóth, Thomas Madreiter, Christoph Chorherr, Bernhard Sommer, Peter Bauer, Stephan Schulmeister und Christian Kühn**

**❷ ❸**
**Stadt finden": Planende, Politiker(innen), Projektentwickelnde, Grundstückseigentümer(innen), Investor(inn)en, Bauträger, Jurist(inn)en, Journalist(inn)en und Bürger(innen) diskutierten jeden 2. Montag im Monat.**

**❶**
**Die Fachdebatten boten Raum für Fragen und qualifizierte Antworten. Die Runde der Expert(inn)en widmete sich Statements aus dem Publikum.**

**❷ ❸**
**Medienpräsenz: W24 sowie Schau TV luden Christoph Mayrhofer zum Interview. Über die Fachdebatten berichteten u. a. Ö1, ORF Radio Wien, Radio Arabella und viele Printmedien, regelmäßig der „Standard". ORF.at titelte zum Start der „Stadt finden"-Initiative vor einem Jahr österreichweit: „Architekten proben Aufstand in Wien".**

# Was ist Stadt? Was ist Städtebau? Was ist Stadt-planung?

12. Juni 2017
Kammer der ZiviltechnikerInnen, Wien

02

# Was ist Stadt? Was ist Städtebau? Was ist Stadtplanung?

Eine Nachlese zur Fachdebatte am 12. Juni 2017 in der Kammer der ZiviltechnikerInnen.

—

Walter M. Chramosta

—

—

Die erste der vertiefenden Fachdebatten zu den „Thesen zur Stadt“ befasste sich am 12. Juni 2017 mit der begrifflichen Einhegung von Stadt, Städtebau und Stadtplanung. Wie nicht erst die Initialdebatte im Az W zeigte, bestehen zwischen den Raumbegriffen der Architekten und der Raumplaner erhebliche Unterschiede. Die Trennschärfe gängiger Formulierungen könnte nicht ausreichen, um in interdisziplinären Dialog mit der Stadt Wien zu treten.

Zwei Impulsreferate wurden gehalten. Florentina Hausknotz, Philosophin in Wien, die ihre Doktorarbeit über „Stadt denken. Über die Praxis der Freiheit im urbanen Zeitalter“ verfasst hat, sprach zu „Gleichzeitigkeit – urbane Taktik und Repräsentation“. Michael Hofstätter, Architekt in Wien, Partner bei Pauhof Architekten, öffnete ein Fenster in sein Denken, indem er unter dem Titel „Stadt-Szenarien als Meta-Modelle“ das „Synthese Museum Wien“ (1987) erörterte.

Hausknotz offerierte eine begriffliche Weiterung von Stadt über die Diversifikation der Arten, dort zu leben: das Urbane als erweiterte Lebensform. Es möchte Stadtstrukturen öffnen, um Orte für Konflikte zu etablieren, die sogenannten „Bühnen des Lebens“. Dazu gehören wirkmächtige Formen der (Re-) Präsentation. So sind Architekten aufgefordert, neue Arten des Repräsentierens zu denken, um dem Anderen, Sperrigen usw. Auftritte zu verschaffen. Damit kann sich verwirklichen, was Henri Lefebvre „Recht auf Stadt“ genannt hat. Das ist Recht auf Bewegungsfreiheit, Selbstgestaltung, Sich-nicht-definieren-Müssen



usw. Solche Stadt ist zeitlich gedacht, sie kann nicht gebaut werden; es ist das spontane Ereignis, das dort Verdichtung schafft. Es wäre keine Stadt der Tauschwerte, sondern des Gebrauchswerts. Sie entsteht nicht als Strategie, geplant auf Papier, sondern als Taktik im Gegebenen. Die Welt der Gesetze und Baustrukturen gibt die Situation vor, während die Taktik sich beständig dazu positioniert. Architektur und Stadtplanung können sich in dem Kontext als das Gegebene bestätigend oder kritisierend einmischen. Stadtplanung hat die Aufgabe, Werkstätten zur Produktion von Gebrauchswert zu ermöglichen. Architektur hat die Aufgabe, offene, aber stabile Bühnen zu entwerfen, die Zentren nichtorganisierter Repräsentation sein können.

Hofstätter filterte aus der städtebaulichen Situation Wiens das Potential zum Stadtumbau. Die Dynamik der wachsenden Stadt Wien soll aus früheren Resistenzen oder Beschleunigungen der Stadtentwicklung gespeist werden. Über die morphologische und funktionale Analyse der Stadt kann die entwertete Disziplin Städtebau so aufgewertet werden, dass sie neben der Stadtplanung ihre Existenzberechtigung zurückgewänne. Der Stadtplan beschreibt heute nicht mehr einen Endzustand, sondern die übergeordnete, bildhafte Vision des Stadtganzen, eben in Form von Stadtszenarien und daraus abgeleiteten Meta-Modellen.

Zu Recht stellt sich für Architekten die Frage, ob eine stadträumliche Gesamtkonzeption für Wien mit den derzeitigen Planungsinstrumenten und Organisationsformen der Stadtplanung überhaupt denkbar ist. Wien müsste erst eine Ahnung von Stadt entwickeln, die im internationalen Kontext positionierbar ist. Die Stadt als Gesamtorganismus müsste sozial und künstlerisch so strukturiert werden, dass die Bürger nicht das Gefühl bekommen, nur Subjekte der Stadtorganisation und Verdinglichung in einer globalen Ordnung zu sein.

Auf der stadträumlichen Metaebene wäre die alltägliche Stadtplanung neu zu orientieren, ohne Konventionen überschreitende Architektur, ohne selbstbewusste Offenheit für Neues gleich abzuwenden. Wien braucht einen Neustart, ein übergeordnetes, interdisziplinäres Stadtplanungsdepartment mit einer charismatischen Persönlichkeit an der Spitze. Die Politik hätte dann neben gesellschaftspolitischen Vorgaben die Ziele in der Öffentlichkeit zu vermitteln. Stadt ist nach dieser Veranstaltung von einer engeren begrifflichen Fassung weiter entfernt denn je. Städtebau und Stadtplanung erweisen sich, wie auch die Diskussion zeigte, als leichter einhegbar. ●

09

# Stadtbaukunst Wien …

Stadtplanung ist per se eine heterogene Angelegenheit, die nur mittels zukunftstauglicher, modellhafter Szenarien zu originären Leitbildern gelangt. Es geht um städtische Strukturen, um Imagination, um den Mut zur Findung von Raumgefügen für die Multitude-Singularitäten, die gemeinsam handeln. Die künstlerisch-gesellschaftliche Dimension von Architektur und Städtebau hat sich ständig neu zu behaupten.

—

Michael Hofstätter

—

—



Wiens originäre Stadtidentität basiert auf differenten Schichten von räumlichen Stadtkonzepten, die sie – in deren komplexen Überlagerungen – zu einer unverwechselbaren mitteleuropäischen Metropole formten. Die jeweilige Stadtidee fand ihren Ausdruck in der künstlerischen Darstellung des idealisierten urbanen Gesamtorganismus. Im 21. Jahrhundert scheint sich der Wille zur architektonischen Gesamtbetrachtung der Stadt zu verlieren – auch in den Darstellungsformen.

Mit der 1200 errichteten Stadtmauer um die Babenberger-Ansiedlung Vienna Austriae definiert sich Wien erstmals als Stadt im Sinne von Max Weber. Der Jacob-Hoefnagel-Kupferstich von 1609 zeigt uns die gotische Stadt als Vogelschau mit gleichförmigen niedrigen Giebelhäusern, dem Stephansdom im Zentrum, Straßen und Plätzen – die noch heute die Struktur des 1. Bezirks bestimmen.

Nach der zweiten Türkenbelagerung formierte sich das inzwischen barocke Wien als Residenzstadt der Habsburger. Im großartigen Huber-Plan aus dem Jahr 1778, einem monumentalen und zugleich poetischen Situationsbericht, finden wir detailgenaue militärperspektivische Darstellungen aller Häuser, Kirchen, Gärten, Topografien, Straßen/Plätze …, erkennen die genialen urbanen Akzente von Fischer von Erlach, Lukas von Hildebrandt …, und Canaletto fixierte den großen Überblick in seiner Malerei.

Bereits vor Mitte des 19. Jahrhunderts veränderten der Eisenbahnbau und die Schleifung der inneren Befestigungsanlagen bzw. die Aufgabe des Glacis die Rahmenbedingungen für den gesamten Stadtorganismus – daraus resultierte die Gründerzeit. 1860 genehmigte der Kaiser den repräsentativen Ringstraßenplan und versendete diesen als Neujahrskarte an das Volk mit der Rahmenbemerkung „Zum Besten der Armen".
1870 korrigiert Gottfried Semper den Ringstraßenplan mit seinen Zeichnungen für das Kaiserforum, das er in Einheit von Architektur, Skulptur und Garten als Gesamtkunstwerk entwarf.

Otto Wagners Stadtdenken führte Wien in die Moderne. In seiner 1911 publizierten Studie zeigt er „Die unbegrenzte Großstadt" als Vision, perspektivisch dargestellt in architektonisch ausgefeilten konkreten Szenarien, die die meist außerhalb des Huber-Plans liegende Peripherie betrifft, auch jenseits der Donau. Er steht damit in einer Linie mit Fischer von Erlach, Gottfried Semper, Adolf Loos mit seinem Stadtregulierungsplan 1912 – diesmal eine rückwärts gewandte Utopie für eine alternative Glacisverbauung.

1958 bis 1963 leistete sich Wien – bislang zum letzten Mal – eine ganzheitliche, räumlich wirksame Stadtplanungsgrundlage, dargestellt in Roland Rainers „Planungskonzept Wien". In Europas Randlage drohten dem schrumpfenden Wien Provinzialisierungstendenzen. Rainer antwortete mit der „gegliederten und aufgelockerten Stadt" als Reverenz an die Siedlerbewegung und skandinavische Urbanitätsmodelle.

Und welche Stadtidee treibt die Planenden in Wien nach den umfassenden geopolitischen Veränderungen 1989 und dem ab 2000 explizit einsetzenden Anstieg der Stadtbevölkerung durch Zuwanderung aus verschieden ethnischen Gruppen um? Am Anfang stand die Absage der für 1995 geplanten Weltausstellung per Volksentscheid. Danach versuchte die Stadtpolitik pragmatisch mit den neu entstehenden Investorenbegehrlichkeiten zurechtzukommen und gleichzeitig den sozialen Wohnbau wieder zu forcieren. Inzwischen gibt es dafür auch eine verbindliche Strategie, das „Smart City Wien"-Rahmenprogramm.
Aber reicht ein Rahmenprogramm, um den Herausforderungen des Stadtwachstums, der räumlichen Stadtentwicklung im 21. Jahrhundert auch eine neue kulturell-künstlerische Dimension zu sichern – im Sinne der gelungenen, imaginären Entwürfe im großen Maßstab, die Wien in der Vergangenheit prägten? Bedingt nicht jedes zukunftsweisende räumliche Stadtdenken ein Momentum des Utopischen?

*„Man erfasst nur die Haut,*
*wo man ins Herz greifen sollte."*
*(Charles Baudelaire)*

**Und jetzt …**
**1.**

Wien braucht einen Neustart, ein **übergeordnetes Stadtplanungsdepartment** mit einem – auf Zeit bestellten – unabhängigen, engagierten, interdisziplinären Team, das Kompetenz, Vision, Kontinuität einbringt und in dem es eine kompetente, charismatische Persön-

lichkeit (freier Architekt/freie Architektin) als verantwortliche Ansprechperson gibt. Die Politik hätte neben gesellschaftspolitischen Vorgaben die Ziele in der Öffentlichkeit zu vermitteln – besser noch: die Ziele mit der Öffentlichkeit zu generieren.

**2.**

Das Feld der Stadtplanung muss wieder so aufgewertet werden, dass neben einer analytisch-systematischen Rechtsplanung (Raumplanung) auch der synthetisch-kreativen Produktion, dem Entwerfen von Stadtraum, ein erweiterter Möglichkeitsrahmen eröffnet wird. Der „neue" Städtebau muss gesteigert als die **Vermittlung zwischen gesellschaftlichen Bedürfnissen und deren Übersetzung in den Raum** wahrgenommen werden, auch als sozial/künstlerisch gestalteter Organismus.

**3.**

Um übergeordnete, konzeptuelle Planungsmodelle weiterentwickeln zu können, sollte die in den letzten Jahrzehnten in Wien praktizierte **Trennung von Architektur und Städtebau** ehestens revidiert werden. Im theoretischen Stadtdiskurs ist diese Erkenntnis schon des Längeren akzeptiert. Jetzt wäre sie in die nötigen Planungsinstrumente zu übertragen, um die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Erst aus dem gekonnten Umgang mit dem großen Maßstab und aus der Fähigkeit zur Abstraktion kann lebenswerter Stadtraum entstehen. Vorbereitende Stadt-Szenarien und übergeordnete Meta-Modelle sollten als Grundlage die Öffentlichkeit rechtzeitig informieren und die Städter als Souverän bei der Entscheidungsfindung wieder ernsthaft zur Beteiligung animieren.

**4.**

**Grund, die Basis jeder Gründung** – Bodenrecht und Bodenpolitik bilden die Voraussetzung für eine planbare und gerechtere Stadt. Die urbane Krise der Stadterweiterungsgebiete erklärt sich nicht zuletzt aus dem eskalierenden Anstieg der Bodenpreise. Für ihre Infrastruktur und Lebensqualität sorgt derzeit die Allgemeinheit, während die Widmungsgewinne bei den Bodenreichen bleiben. Die daraus resultierende städtische Investorenmonotonie sollte durchbrochen werden, mittels öffentlicher Räume, Bauten der Kultur und des Sozialen, Parks, offener Zonen für interkulturelle Aktivitäten ..., finanziert über einen gesetzlich definierten Planwertausgleich. Alle für Wien bedeutenden, weitreichend wirksamen Stadtplanungsperioden – das barocke Wien, die Ringstraßengründerzeit, Otto Wagners Infrastrukturprojekte für die unbegrenzte Großstadt, das Rote Wien ... – basierten auf einer jeweils begleitenden Lösung dieser Fragestellung. Es wäre höchst an der Zeit, dieser Problematik wieder angemessen zu begegnen.

**5.**

In letzter Zeit ist beim Wiener Stadtdiskurs fast nur noch von Wohnraumbeschaffung die Rede, nicht mehr von der **Idee der Stadt mit ihren differenten Möglichkeiten,** der Sehnsucht nach Freiheit, nach kosmopolitischer Identität, den spezifischen Milieus ..., mit der Konsequenz einer seriellen Aneinanderfügung von



formal und strukturell hermetischen Wohnclustern in der suburbanen Randstadt. Wie erreicht man mehr Interaktionsdichte innerhalb dieser Strukturen bzw. im Kontext der benachbarten Stadtteile? Wie wird alles Teil eines Ganzen – kulturell und sozial? Diese Fragestellungen betreffen im Besonderen die urbane Heterogenität jenseits der Donau. Die „transdanubische Ausdehnung" hat längst den Umfang der Stadt Graz überschritten, bleibt in der Interaktionsdichte aber eine prekäre Randzone und wäre daher Zielgebiet für eine Gesamtbetrachtung, z. B. im Rahmen der IBA.

**6.**

Die Initiatoren betrachten die **IBA Wien als „Ausnahmezustand auf Zeit".** Der Öffentlichkeit vorgestellt wurde die Idee einer internationalen Bauausstellung in Wien erstmals 2015 und als Präsentationsjahr steht 2022. Sieben Jahre dauert also der Ausnahmezustand, und diese Zeit müsste reichen, um die Stadtplanung in Wien zukunftstauglich zu positionieren. Sieben Jahre andauernde verstärkte Präsenz der Stadtthematik in der Öffentlichkeit und ein gewisses Maß an internationaler Aufmerksamkeit wären als Chance für eine Neuaufstellung zu betrachten.

**7.**

Es geht beim Umgang mit der historisch gewachsenen Kernstadt nicht nur um die Tabuisierung eines Ist-Zustandes, sondern um konzeptuelle Stadtergänzungen, partielle Stadtüberlagerungen im Maßstab einer Großstadt. Und unter diesen Prämissen wäre auch in der Gegenwart eine ergänzende architektonische Neudefinition denkbar, eine zeitgenössische **Transformation fragmentiert gebliebener Stadträume in der Ringstraßenzone** sogar wünschenswert. Also, wo bleibt die verbindliche übergeordnete Stadtplanung, die eine ästhetisch anspruchsvolle Grundlage als Entscheidungsrahmen gewährleistet? Eines ist sicher, solch „heikle" Bauplätze erfordern Architekten mit schöpferischer Kraft und der Fähigkeit zur Imagination. Das betrifft nicht nur die Häuser, sondern vielleicht noch spezifischer die städtischen Leerräume – Plätze, Straßenräume, Parks ... – und die Fragen der **Implikation von Kunst im Stadtraum.**

**8.**

Für die Wahrung, aber auch für den innovativen Weiterbau der Identität bildenden Kontinuitäten von hervorragenden Wiener Stadträumen und Ensembles könnte ein Gremium nach dem Vorbild der Académie française als **gesellschaftlich akzeptierte, kompetente Runde** den **Interessenausgleich Kommune/Investoren/Bürger** in konstruktive Bahnen geleiten – ergänzend zu den Denkmalschutzbestimmungen.

**9.**

Das Recht jeden Bürgers auf Stadt, auf Stadtraum, auf gesellschaftliche Differenz garantieren auch im Netzzeitalter der symbolträchtige öffentliche Raum, aber auch informelle Zonen als Raum für Subalterne. Auf den **städtischen Bühnen Straße, Platz, Gasse** werden **Spielräume von individueller Handlungsautonomie und öffentlicher Ordnung** ausgehandelt. Nur dort kann die Repräsentation als Darstellung

und die Repräsentation als Vertretung zum Ausdruck gelangen. Dem Druck auf das Hoheitsrecht über den öffentlichen Raum durch private Interessengruppen in Form von Shoppingmalls, Gated Communitys, Citytainment … muss eingeschränkt werden bzw. der **öffentliche Raum ist auch in der Randstadt architektonisch** so **eindeutig zu definieren,** dass erlebbare und rechtliche Klarheit übereinstimmen.

**10.**

Zielsetzung wäre, Stadt nicht nur formal neu zu denken, sondern Inhalte des Lebens, die der Struktur Sinn geben, in Darstellung und Anwendung sichtbar werden zu lassen. Wie können Urbanist(inn)en, Architekt(inn)en und Künstler(innen) vom Gewachsenen lernen, aus der Stadt heraus denken, um nicht ohne Stadt, im Nichts, Utopien zu formulieren? Wie wird die Heterotopie einer gebauten Stadt für und von Menschen möglich? Die Freiheit der Kunst, die Strenge des Denkens und der Wille der Architektur, Verbindungen zu schaffen, müssen **einander kritisieren, um dem Belanglosen keine Chance zu lassen.** ●

**Inzwischen gibt es eine verbindliche Strategie, das „Smart City Wien"-Rahmenprogramm. Aber reicht ein Rahmenprogramm, um den Herausforderungen des Stadtwachstums, der räumlichen Stadtentwicklung im 21. Jahrhundert auch eine neue kulturell-künstlerische Dimension zu sichern? Bedingt nicht jedes zukunftsweisende räumliche Stadtdenken ein Momentum des Utopischen?**

—

Architekt DI **Michael Hofstätter**

—

—

**Verbundenheit abseits von Identität denken? Im Urbanen herrscht unkritisches Nebeneinander. Gleichzeitigkeit kann als virtuelle Verbundenheit gedacht werden, die erst im Ereignis ihren Ausdruck findet. Architektur kann die Klammer sein, die urbane Gemische gegen das aggressive Setzen von Prioritäten schützt, Stadt findet.**

—

Dr. **Florentina Hausknotz,** Philosophin

—

—

„Stadt finden“-Fachdebatte 03

# Wie entstehen Transparenz und Publizität?

11. September 2017
ORF RadioKulturhaus, Wien

03

# Von der Transparenz zur Publizität

Ein Beitrag zur Fachdebatte „Wie entstehen Transparenz und Publizität“ am 11. September 2017.

—

Christian Kühn

—

—

Kaum ein anderer Bereich des Wirtschaftslebens ist so anfällig für Korruption wie der Bereich von Bauwesen und Stadtplanung: Schwarzarbeit, Preisabsprachen, Abgabenbetrug, Kickbacks, Bestechung … Die Liste ließe sich fast beliebig erweitern. Es ist kein Zufall, dass das Hamburger Transparenzgesetz, das radikalste in Deutschland, auf ein Bauprojekt, die Elbphilharmonie, zurückgeht. Im Jahr 2011 hatte eine Gruppe von Bürgern genug von den Vernebelungsaktionen im Umfeld des Projekts, dessen Kosten sich nach anfänglichen Schätzungen von 241 Millionen Euro schließlich auf 866 Millionen beliefen. Über eine Volksinitiative setzten sie im Hamburger Stadtsenat ein Transparenzgesetz durch, das die Veröffentlichung zahlreicher Materialien vorschreibt. Einige davon waren schon bisher öffentlich, wie etwa Sitzungsprotokolle, amtliche Statistiken und Haushaltspläne. Andere sind Zeichen für einen radikalen Kulturwandel: Dienstanweisungen, Verträge zur Daseinsvorsorge, Geodaten, Förderungen, Gutachten und Studien und nicht zuletzt „Verträge, an deren Veröffentlichung ein öffentliches Interesse besteht“. Gerade um den letzten Punkt war es beim PPP-Projekt Elbphilharmonie im Wesentlichen gegangen. Das Gesetz trifft auch Aussagen zur Form der Veröffentlichung: Sie muss, soweit möglich, maschinenlesbar erfolgen. Niemand soll erst durch Scannen tausender Seiten an Informationen kommen, die dann immer noch nicht nach Stichworten durchsucht werden können.

Der Aufwand für dieses Ausmaß an Transparenz ist beträchtlich. In Hamburg beliefen sich die Kosten für die Einrichtung des Portals und für die Schulungen der Beamten auf fünf Millionen Euro, dazu kommt der laufende Aufwand der Veröffentlichung, zu dem auch die Entscheidungsprozesse gehören, welche Informationen doch der Verschwiegenheit unterliegen. Ist dieser Aufwand gerechtfertigt? Ginge es allein um Korruptionsbekämpfung, wohl nicht. Es gibt genug andere Mittel, innerhalb von Institutionen gegen Korruption vorzugehen, ohne alle Details zu veröffentlichen. Warum reicht es nicht, sich auf Innenrevision und Rechnungshofberichte zu verlassen? Transparenz soll aber mehr leisten, als nur Korruption zu bekämpfen. Einerseits, so lautete auch der Slogan der Hamburger Initiative, soll Transparenz im Dreieck zwischen den Bürgern, der Politik und der Verwaltung „Vertrauen schaffen“: Wer nichts zu verbergen hat, kann alles offenlegen.

In dieser Hinsicht ist es wenig überraschend, dass Transparenz als politischer Begriff



erstmals von Jeremy Bentham eingeführt wurde, dem Begründer des „Utilitarismus“. Bentham ist in die Architekturgeschichte als Erfinder des Panopticons eingegangen. Das Panopticon ist ein Bautypus, der so angelegt ist, dass die in ihm arbeitenden oder wohnenden Menschen jederzeit erwarten mussten, gerade beobachtet zu werden. Die Inspiration dazu hatte Bentham bei einem Besuch in Russland, wo sein Bruder nach diesem Schema Manufakturen errichtete: ein Wächterraum zur Kontrolle in der Mitte und die Arbeitsräume konzentrisch um diese Mitte angelegt. Die Anlage verräumlicht eines von Benthams utilitaristischen Prinzipien: „Distrust and suspicion maximized“. Es ist also gerade nicht Vertrauen, das am Ursprung des Transparenzbegriffs steht, sondern sein Gegenteil, das grundsätzliche Misstrauen. Das hat Folgen: „Auch ich bin schöpferisch, ich schöpfe Verdacht“, lautet ein Aphorismus aus Oswald Wieners Roman „Die Verbesserung von Mitteleuropa“, der sich hier gut anwenden lässt. Der Berliner Politikwissenschaftler Vincent Rzepka spricht in diesem Zusammenhang von einer Misstrauensspirale, die sich immer weiter steigern kann, bis sie die politische Handlungsfähigkeit zersetzt hat.[1] Als weitere, die Ziele von Transparenz in ihr Gegenteil verkehrende Nebenerscheinung beobachtet Rzepka die Komplexitätsfalle, die bei komplexen Zusammenhängen zu einer Intransparenz durch einen Overkill an Daten führt, und schließlich die Akteursfalle, die den politischen Transparenzbegriff für allgemeingültig erklärt, statt ihn historisch im Milieu der bürgerlichen Mittelschicht zu verorten und kritisch zu fragen, welchen Akteuren er nützt und wie es mit deren Transparenz bestellt ist.

Nun gibt es aber eine weitere Begründung für Transparenz, die zum Begriff der Publizität überleitet. Bei Kant bedeutet dieser Begriff schlicht „die öffentliche Belehrung des Volkes von seinen Pflichten und Rechten in Ansehung des Staates, dem es angehört“. Im heutigen Sprachgebrauch sind von dieser Bedeutung nur noch Reste erhalten. Wenn von Publizitätspflicht von Unternehmen, also der Offenlegung ihrer Bilanzen und Strategien, die Rede ist, steht hinter diesem wirtschaftsrechtlichen Fachbegriff aber immer noch die Frage nach der gesellschaftlichen Verantwortung. Die EU hat 2014 ein Stück dieser Bedeutung zurückerkämpft, indem sie eine Richtlinie erließ, mit der die Publizitätspflicht für große Unternehmen in Richtung „Corporate Social Responsibility“ erweitert wurde.

Im Unterschied zu Transparenz, bei der es um Sichtbarkeit und Nachvollziehbarkeit geht, bedeutet Publizität, etwas zu einer öffentlichen Sache zu machen, der sich die Akteure nicht nur kontrollierend, sondern auch gestaltend widmen. Transparenz, wie sie die Kammer der ZiviltechnikerInnen in ihrem Manifest einfordert, ist eine notwendige, aber keine hinreichende Grundlage für Stadtplanung und Stadtgestaltung. Verfahren, ob kollaborativ oder kompetitiv angelegt, sind nicht in erster Linie an ihrer Transparenz zu messen, sondern an ihrer Qualität, also der inhaltlichen Durchdringung der Aufgabenstellung, der Klärung des Problemrahmens, der Offenlegung von

1 http://www.gov20.de/wer-durchschaut-die-transparenz-wirkmechanismus-und-geschichte-eines-schlagworts/

**Ao. Univ.-Prof. DI Dr. techn. Christian Kühn**

Seit 2001 Professor am Institut für Architektur und Entwerfen der TU Wien. Vorstand der Architekturstiftung Österreich. Vorsitzender des Beirats für Baukultur im Bundeskanzleramt. Kommissär für den österreichischen Beitrag zur Architekturbiennale in Venedig 2014. Architekturkritiker für Tageszeitungen und Fachmagazine.

Interessen und nicht zuletzt der Kompetenz der beteiligten Akteure. Nicht alles in einem guten Verfahren muss objektiv begründbar und damit in einem juristischen Sinn transparent sein. Gerade im Bereich der Gestaltung, sei es von Häusern oder Stadträumen, entziehen sich manche Aspekte der Verbalisierung und Quantifizierung. Es kommt daher auf das richtige Mischungsverhältnis zwischen Transparenz und Vertrauen an, um die Voraussetzungen möglichst objektiv zu klären und gleichzeitig dem Nicht-Verbalisierbaren und Nicht-Quantifizierbaren genügend Raum zu geben.

An wen richtet sich dieser Appell? Die Förderung von Publizität ist eine der Kernaufgaben der Politik. Sie sollte diese Aufgabe im Sinn der Aufklärung wahrnehmen und für kritische Publizität sorgen, vor der sie sich gegebenenfalls auch selbst entblößen muss. Für Wien wäre das eine lohnende Anstrengung, die einiges an Selbstkritik an Planungsverfahren der letzten Jahre einschließen müsste. Am Ende stünde eine gestärkte Stadtplanung, die in Kooperation mit der Fachöffentlichkeit breite Akzeptanz genießen würde. ●

**Wer nichts zu verbergen hat, kann auch alles offenlegen. Kaum ein anderer Bereich des Wirtschaftslebens ist so anfällig für Korruption wie der Bereich von Bauwesen und Stadtplanung. Es ist kein Zufall, dass das Hamburger Transparenzgesetz, das radikalste in Deutschland, auf ein Bauprojekt, die Elbphilharmonie, zurückgeht. Transparenz soll aber mehr leisten, als Korruption zu bekämpfen. Es geht darum, im Dreieck zwischen Politik, Bürgern und Verwaltung Vertrauen zu schaffen.**

—

Ao. Univ.-Prof. DI Dr. techn. **Christian Kühn,**
TU Wien

—

—

**Wir als Planende stehen immer wieder vor einem Mangel an Transparenz. Wir werden oft gar nicht oder viel zu spät in das Geschehen einbezogen. Manches Mal aus politischem Kalkül, in anderen Fällen wegen unzureichender Kommunikation zwischen Entscheidungsträgern.**

—

Architektin DI **Susanne Höhndorf**

—

—

**Es ist wichtig, Auswahlverfahren von Beginn an transparent und für potentiell Teilnehmende offen zu gestalten. In diesem Sinne begrüßt es die Kammer, gerade auch bei städtebaulich relevanten Projekten, frühzeitig eingebunden zu werden und in Kooperation qualitätsorientierte Verfahren zu gestalten, diese als Zeichen nach außen mit der „grünen Hand" zu versehen und zu kooperieren. Hier bietet die Kammer ihre Expertise an. Die Qualität, die dadurch entsteht, ist an vielen Best-Practice-Beispielen messbar.**

—

Architekt DI **Siegfried Loos,**
Vorsitzender Ausschuss Wettbewerbe

—

—

11

# Wie entstehen Transparenz und Publizität?

Eine Stadt hat keine Zukunft ohne Teilhabe von Fachleuten und Laien an raumdefinierenden Verfahren. Dabei sind ein medial nachvollziehbarer Verfahrensverlauf und ein aktiver Informationsfluss zwischen den Akteuren unerlässlich. Eine Nachlese zur Fachdebatte am 11. September 2017 im RadioKulturhaus des ORF.

—

Walter M. Chramosta

—

—



Transparenz ist keine für sich erstrebenswerte Eigenschaft eines guten Verfahrens. Vielmehr wirken immer mehrere Eigenschaften zusammen: Publizität (die kritische Funktion des auf die öffentliche Meinung bezogenen Vorgehens), Vertrauen (die Akzeptanz des Verfahrens vorrangig unter den Unbeteiligten), Evidenz (die Sinnstiftung des angerissenen Entwurfsproblems) und Ethik (die Kriterien für gutes und schlechtes Handeln der Akteure). Wie werden Verfahren durchgeführt, also auch kommuniziert, sodass die öffentliche Meinung gespeist und das gemeine Wohl gefördert wird?

Den Bogen „Von der Transparenz zur Publizität" spannte Christian Kühn, Professor für Gebäudelehre und Studiendekan für Architektur und Building Science an der TU Wien, indem er auf die Korruptionsanfälligkeit des Bauwesens und den Fall der Elbphilharmonie hinwies. Das Hamburger Transparenzgesetz, das eine maschinenlesbare Veröffentlichung administrativer Materialien vorschreibt, ist eine Konsequenz aus der Kostenexplosion. Veröffentlicht werden nun auch Gutachten, Studien und nicht zuletzt öffentlichkeitsrelevante Verträge. Das Transparenzportal wäre allein zur Korruptionsbekämpfung zu aufwendig, es leistet mehr: Es soll im Dreieck zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung Vertrauen schaffen.

Kühn verwies dann auf Jeremy Bentham, den Schöpfer des Panopticons, der Transparenz erstmals als politischen Begriff einführte. Das Panopticon ist ein Bautypus, in dem Menschen jederzeit erwarten mussten, beobachtet zu werden. Es ist also gerade nicht das Vertrauen, das am Ursprung des Transparenzbegriffs steht, sondern das Misstrauen. Die Politikwissenschaft spricht von Misstrauens-, Komplexitäts- und Akteursfallen, die die politische Transparenz untergraben, wenn sie nicht verfahrenstechnisch gepflegt wird. Mit Kant leitete Kühn zur Publizität über – „die öffentliche Belehrung des Volkes von seinen Pflichten und Rechten in Ansehung des Staates, dem es angehört". Von dieser Bedeutung sind heute nur noch Reste präsent.

Im Unterschied zu Transparenz, bei der es um Sichtbarkeit und Nachvollziehbarkeit geht, bedeutet Publizität, etwas zu einer öffentlichen Sache zu machen, der sich die Akteure nicht nur kontrollierend, sondern auch gestaltend widmen. Verfahren sind also an der inhaltlichen Durchdringung der Aufgabenstellung, der Klärung des Problemrahmens und der Offenlegung von Interessen zu messen. In der Mischung zwischen Transparenz und Vertrauen werden die Voraussetzungen möglichst objektiv dargelegt und dem Nicht-Verbalisierbaren genügend Raum gegeben. Für Kühn ist die Förderung von Publizität eine Kernaufgabe der Planungspolitik, selbst wenn sie sich dabei selbst entblößen muss.

Die Architektin Susanne Höhndorf aus dem fast drei Jahrzehnte alten Wiener Architektenkollektiv Rataplan lieferte den Praxisbericht „Stadt gut?! finden". Transparenz ist für sie die Eigenschaft eines Systems, Publizität gründet auf Sendungsbewusstsein und vermittelt eine Botschaft. Die Planer stünden oft vor einem Mangel an Transparenz, manchmal aus politischem Kalkül, manchmal aus Kommunikationsmängeln. Planer haben ein Anrecht auf Transparenz, sie müssen viel Existentielles preisgeben, Bauherren nicht. Die Rollenspiele zwischen den Akteuren, die Bestellqualität der Auftraggeber und die wahre Absicht hinter ihrem Bauwillen sollten offengelegt werden.

An drei Projekten verdeutlichte Höhndorf die Bedeutung von Transparenz, Wissen, Vertrauen und Publizität und erhob dann sechs Forderungen: Es braucht eine strikte Trennung von Planung und Ausführung, die Trennung von Projektdefinition und Entwurf, eine hohe architektonische Bestellqualität, ein öffentliches Interesse an architektonischer Qualität, um Gemeinwohlinteressen abzudecken, es darf keine Knebelverträge für Architekten mehr geben – und die Zahlungsmoral der Gemeinde Wien muss sich bessern. So entließ die Veranstaltung das Publikum bestärkt in der Gewissheit, dass Stadtbaukultur nur existiert, wenn die Transparenz mit den Geschwistern Publizität, Vertrauen, Evidenz und Ethik gemeinsam auftritt. ●

# Strategien der Verdichtung. Ist das Hochhaus die Antwort?

9. Oktober 2017
ORF RadioKulturhaus, Wien

04

# Strategien der Verdichtung. Ist das Hochhaus die Antwort?

Das Stadtwachstum hat eine Debatte um das Optimum städtebaulicher Dichte ausgelöst. Dazu ist ausgehend vom liberalisierten Wiener Hochhauskonzept eine Kontroverse über städtebauliche Kriterien hohen Bauens zu führen. Eine Nachlese zur Fachdebatte am 9. Oktober 2017 im RadioKulturhaus des ORF.

—

Walter M. Chramosta

—

—

In Wien ereignet sich zurzeit ein Hochhausboom nahezu ohne Diskussion in der Fachwelt. Nun kam es spät, aber doch zum Fachgespräch über das richtige Maß der Verdichtung und das Hochhaus. Patrick Gmür, Architekt, Stadtplaner und früherer Direktor des Amts für Städtebau der Stadt Zürich, begann mit dem differenzierten Bekenntnis: „Nur eine wachsende Stadt hat Zukunft. Auch (Wohn-) Hochhäuser gehören dazu." Wien und Zürich haben den Wunsch, trotz Wachstum und Verdichtung ihre Attraktivität sogar noch zu erhöhen. Verdichtung kann aber nicht allein vom Städtebau oder gar vom Hochhaus ausgehen, sondern vielmehr von der Frage: Welche Stadt wollen wir?

Zürich bekennt sich zu Zielen, die auch in Wien Konsens fänden: die Stadt für alle, attraktives Stadtbild, bezahlbarer Wohnraum usw. Für Gmür ist die Zürcher Verdichtung zuerst eine Sache der Gesellschaft und damit auch der Politik. Nur weil es gelang, die Widersprüche aufzulösen, wird die Verdichtung samt Hochhaus als städtebauliche Strategie von der Bevölkerung akzeptiert. In Zürich gibt es ein Fünf-Punkte-Programm für die Verdichtung: Frei- und Grünräume, öffentliche Infrastruktur, funktionierender Stadtverkehr, Sozial- und Umweltverträglichkeit und die 2.000-Watt-Gesellschaft müssen dabei verwirklicht werden.

Der Blockrand ist für Gmür die effektivste Verdichtungsart der europäischen Stadt, aber er geht meist zulasten des Freiraums. Insofern erscheint das Wohnhochhaus doch als Verdichtungsstrategie, weil es Freiräume öffnet. Der entscheidende Nachteil ist aber: Sie sind immer zehn bis 15 Prozent teurer; sie können also keine soziale Verdichtung der Stadt sein! Zürich lässt wegen der Bodenknappheit mischgenutzte Hochhäuser als Sonderbauform zu, gemäß „Leitbild Hochhaus" mit hohen Ansprüchen: Architekturwettbewerb, ortsbaulicher Gewinn, Zwei-Stunden-Schatten, beste Erschließung, offener Sockel, architektonische Exzellenz. Zudem werden über den „Verhandlungsurbanismus" gut und gern 50 Prozent vom Widmungsgewinn abgeschöpft. Gmür appellierte letztlich an die Anwesenden: Je schärfere Bedingungen für Architektur und Städtebau in expandierenden Städten herrschen, desto mehr müssen sich Architekten auch als Bürger in der Stadtplanung und in der Stadtpolitik engagieren.



Reinhard Seiß, Raumplaner und Fachpublizist aus Wien, bejahte mit einer schonungslosen Bestandsaufnahme seine Frage „Immobilienertrag als urbanistische Maxime?" und folgerte: „Wien braucht keine Hochhäuser. Wien leistet sich Hochhäuser." Anhand der Donau City zeigte er, wie willkürlich und unreflektiert die Hochhausentwicklung stattfindet. Er ortete irrationale Dimensionssprünge, Verrat von Masterplänen und stadtplanerischem Rüstzeug, die nachhaltige Stadtentwicklung wurde verschlafen. Für Seiß ist Urbanität in Wien nach wie vor ein leeres Versprechen und die normale Planungstätigkeit von arkanen Interessenabwägungen ausgehöhlt. Das Ausverhandeln städtebaulicher Phänomene funktioniert in Wien nicht, weil bei Mehrwert-Behauptungen nicht klar wird, für wen sie gelten. Solange es noch Planer gebe und nicht nur Mediatoren von Interessen, kann sich das ändern.

Rudolf Kohoutek, Stadtforscher aus Wien, versuchte einen architekturkritischen Rundumschlag: „Sage mir, was du mit Verdichtung am Hut hast – und ich sage dir, wer du bist." Er diagnostizierte dem Wiener Hochhaus einen „sakralen" Stellenwert nahe den Kirchen, der einer diskursiven „Säkularisierung" bedürfe. Was fehlt, seien Kostenwahrheit zu Hochhäusern und Einblicke in die wahren Triebkräfte des Immobiliengeschäfts. Ein moralisches Herangehen an Investoren hielt Kohoutek für müßig, vielmehr müssten Regeln für Investoren gesetzt werden. Düster war sein Ausblick, dass die Wiener Stadtplanungsprobleme erst nach der nächsten Immobilienkrise gelöst wären. Die Essenz der Veranstaltung ist klar: Wohnhochhäuser sind eine hochpreisige Beimengung zur wachsenden Stadt, die klarer urbanistischer Regeln bedarf und keinen Ersatz für ein politisch ausgehandeltes, städtebauliches Rezept zur Verdichtung darstellt. ●

**In Wien findet zurzeit ein veritabler Hochhausboom statt. Weit mehr als 100 Hochhäuser sind derzeit in Bau, in Planung oder Widmung, was auch in anderen Großstädten der Fall ist. Bemerkenswert an der Situation in Wien ist, dass derart weitreichende Eingriffe in die Stadt praktisch ohne Teilnahme der Öffentlichkeit vor sich gehen. Überspitzt gesagt: Stell dir vor, Wien wird Frankfurt und keiner merkt es.**

—

Architekt DI **Christoph Mayrhofer,**
Vorsitzender der Sektion ArchitektInnen

—

—

**Wir haben in Wien nicht so stringente Hochhauskonzepte wie in Zürich und es wird sehr viel vernebelt. Wien hat die Panik, dass Investoren immer gleich abspringen, wenn man ihnen klarere Regeln setzt. Zürich hat diese Angst nicht.**

—

Architekt DI **Rudolf Kohoutek,**
Stadtplaner und Stadtforscher

—

—

**Ein Hochhaus kann nachhaltig und qualitätsvoll sein, mit sozialer Verdichtung hat es wenig zu tun. Verdichtung geht alle etwas an und ist eine politische Aufgabe. Die Legislative in Zürich hat das Hochhausleitbild genehmigt, damit verbunden die übergeordneten städtebaulichen Prinzipien wie etwa „Das Seeufer bleibt frei“. Die Anforderungen sind hoch und es soll ein Mehrwert geschaffen werden. In Zürich nennen wir das Verhandlungsurbanismus. Das heißt: Je höher Sie bauen wollen, desto schärfer sind die Bedingungen.**

—

Architekt Dipl.-Arch. **Patrick Gmür,**
Stadtplaner und ehemaliger Direktor des Amts für Städtebau der Stadt Zürich

—

—

**Ich bin der Überzeugung, dass Wien zwingend keine Hochhäuser braucht, sondern sie sich leistet. Ein Hochhaus ist per se eine Ungerechtigkeit – in dem Sinne, dass es eine krasse Begünstigung ganz weniger Grundeigentümer gegenüber der breiten Masse der Grundeigentümer ist. Denn der Eigentümer daneben bekommt wahrscheinlich kein Hochhaus genehmigt, wenn er sein altes Haus wegreißt. Was wir momentan beobachten, ist eine konzeptlose Entstehung von Bauten.**

—

Dr. techn. **Reinhard Seiß,**
Raumplaner und Fachpublizist

—

—

❶
Das Interesse an den öffentlichen Fachdebatten war so groß, dass die Veranstaltung ins ORF RadioKulturhaus übersiedelt wurde.

❷ ❸
Erfolgsgeschichte „Stadt finden“: öffentliche, kostenfreie Fachdebatten mit Mehrwert für Wien in Stadtplanung und Städtebau. Expert(inn)en und Bürger(innen) diskutierten „ihre“ Stadt(planung).

❶
Je höher die Häuser, umso heißer die Diskussionen mit der Expertenrunde: (v. l.) Patrick Gmür, Reinhard Seiß, Rudolf Kohoutek und Christoph Mayrhofer.

❷ ❸
Frage und Antwort, jeden 2. Montag im Monat: Diskurs auf Einladung der Kammer, denn „durch’s Reden kommen die Leut’ z’samm“.

# Was bedeutet öffentliches Interesse an der Stadt?

13. November 2017
Volksanwaltschaft, Wien

05

# Gewissen, Transparenz, Unabhängigkeit

Die Volksanwaltschaft kontrolliert seit 40 Jahren auf Grundlage der Bundesverfassung die öffentliche Verwaltung. Das umfasst auch die Aufgabe, Sachverhalte, die mit Raumordnung, Stadtplanung und Flächenwidmung zu tun haben, zu prüfen und darüber nachzudenken.

—

Gertrude Brinek

—

—

Sehr gerne habe ich den Vorschlag der Kammer der ZiviltechnikerInnen angenommen, sich über gemeinsame Wahrnehmungen, aber auch Sorgen in Bezug auf städtebauliche Planungen auszutauschen und in der Fachdebatte „Was bedeutet öffentliches Interesse an der Stadt?“ mit Expertinnen und Experten öffentlich darüber zu diskutieren. Als für Fragen des Bau- und Raumordnungsrechts zuständige Volksanwältin beobachte ich seit einiger Zeit einen geänderten Zugang der Öffentlichkeit zu Großprojekten. Sie werden nunmehr verstärkt tatsächlich in der breiten Öffentlichkeit diskutiert. Interessierte und Betroffene, die ja zu einem quasi-demokratischen Planungsprozess eingeladen werden, wollen sich aber im Planungsergebnis wiederfinden. Zusätzlich tritt auch ein offenkundiges Missverständnis zutage: Das „öffentliche Interesse“ im Sinne der Gesetze ist nicht gleichzusetzen mit dem Interesse der Öffentlichkeit.

Aus den täglich einlangenden Beschwerden von Einzelpersonen und vielfach von Bürgerinitiativen kann die Volksanwaltschaft daher jedenfalls ableiten, dass die Öffentlichkeit – insbesondere bei Großprojekten – oftmals den Eindruck hat, dass ihre Interessen an der Stadt nicht ausreichend gewahrt und gehört werden. Unsere Prüftätigkeit zeigt auch deutlich, dass die Beschwerden der Bürgerinnen und Bürger dann zunehmen, wenn der Eindruck wächst, dass stadtpolitische Entscheidungen ganz offenkundig den Investoren überlassen werden. Leidenschaftlich und engagiert nehmen sie an Informationsveranstaltungen teil. Tatsächlich vermögen diese aber kaum die vorgebrachten Bedenken zu zerstreuen oder Änderungen der bereits zwischen Verwaltung und Projektwerber getroffenen Rahmenfestlegungen zu bewirken. Die Öffentlichkeit fühlt sich bestenfalls missverstanden, schlimmstenfalls überfahren.

Am Beispiel von zwei Großprojekten in Wien kritisierten wir insbesondere, dass mit dem Abschluss städtebaulicher Verträge versucht wird, den Anschein der Wahrung des öffentlichen Interesses zu erwecken, um letztendlich den Wünschen privater Investoren nachkommen zu können. Die Erfüllung öffentlicher Planungsaufgaben von den wirtschaftlichen Gegenleistungen Privater abhängig zu machen, entspricht weder dem Gesetz noch dem Wunsch der Bevölkerung nach transparenter, nachvollziehbarer Vorgehensweise.

Raumplanung ist Beschränkung und Ermöglichung zugleich. Das bedingt, dass sich das öffentliche Interesse in jeder Änderung eines Flächenwidmungsplans widerspiegeln muss und dass das öffentliche Interesse bei jeder raumplanerischen Änderung Vorrang gegenüber den privaten Interessen haben muss. In jedem Fall sollte ein Plan das Projekt bestimmen und somit die Änderung der Flächenwidmung der etwaigen Bauprojektplanung vorangehen.

Die nächsten städtebaulichen Großprojekte stehen an. An der Vorgehensweise scheint sich nichts zu ändern. Der begonnene Diskurs zwischen Politik, Bevölkerung und Fachleuten muss fortgesetzt werden. Denn Raum ist ein kostbares Gut geworden. Er geht uns alle an. Ich freue mich auf jede weitere Gelegenheit zur Zusammenarbeit mit der Kammer der ZiviltechnikerInnen. ●

**Dr. Gertrude Brinek**

Volksanwältin seit 2008. Zuständig auf Bundesebene für die Prüfung der Justiz- und Finanzverwaltung bzw. Denkmalschutzangelegenheiten, auf Landesebene für Gemeindeverwaltungen und alle kommunalen Angelegenheiten, wie z. B. Raumordnung, Baurecht, Wohn- und Siedlungswesen, Landes- und Gemeindestraßen.

# Was bedeutet öffentliches Interesse an der Stadt?

Stadt entsteht im Widerstreit von Interessen. Damit sich nicht das Recht des Stärkeren, sondern das bessere Argument durchsetzt, wurden Verfahren des Interessenausgleichs etabliert, deren Ablauf oft Widerspruch erzeugt. Eine Nachlese zur Fachdebatte am 13. November 2017 in der Volksanwaltschaft.

—

Walter M. Chramosta

—

—



Die Gesellschaft wird manchmal als die Gleichzeitigkeit von Unterschiedlichem bezeichnet. Damit ist der raue soziale Rahmen für Verfahren über Interessenkonflikte in der Stadtplanung angedeutet. Nicht selten erzeugen diese Verfahren keinen Konsens, sondern nach dem Prinzip „Mein Konsens ist nicht dein Konsens“ zusätzlichen Dissens. Wie die Verfahren des Interessenausgleichs im Städtebau und in der Stadtplanung derzeit funktionieren, wie sie weiterzuentwickeln sind, war in dieser Fachdebatte zu ventilieren.

Volksanwältin Gertrude Brinek ortete ein gemeinsames Interesse der Ziviltechniker und der Volksanwaltschaft: Die Stadt sei in ihrer Lebensraumdimension als begrenzte Ressource ein Anliegen beider. Mit dem Florianiprinzip könne man in der Stadtplanung nicht arbeiten, vielmehr sei auf die Versöhnung öffentlicher und privater Interessen besonderes Augenmerk zu legen. Brinek warf die Frage auf, ob die gängigen Konzepte und geltenden Gesetze reichen.

Peter Bauer, Präsident der Kammer der ZiviltechnikerInnen, erörterte zwei Vorfragen. Einerseits spielte er auf das Wiener Stadtwachstum und dessen allzu einfache Rezepte an, es gelte momentan „viel vom Selben auf einmal zu bauen“. Monofunktionalität bedeute aber Qualitätsverlust. Bauer rief zu modernen Antworten auf, „wir sollten uns um unsere Stadt kümmern“. Andererseits wies er auf das Berufsgesetz, aus dem die beruflichen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Ziviltechniker hervorgehen: „Wir sollten uns gegen Transparenzmängel bei öffentlichen Vergabeverfahren und bei der Verwaltung öffentlichen Gutes wehren. Wann und wie soll öffentlicher Raum privatisiert werden?“ Planungsziele können nur dem politischen Rahmen entspringen, aus einer „rücksichtslosen“ gesellschaftlichen Diskussion, die Planung selbst ist den Planern zu überlassen.

Hemma Fasch, Architektin und langjähriges Mitglied des Fachbeirats für Stadtplanung und Stadtgestaltung, bot ein Streiflicht auf die Rahmenbedingungen des öffentlichen Interesses an der gebauten Stadt. Die Demokratie erzeugt für sie einen hohen Anspruch auf Transparenz der Ziele und Handlungsabläufe im Sinne eines Gemeinwohls und sozialer Gerechtigkeit. Am Beispiel der Wiener Bauordnung erörterte sie die Vorgaben für die Raumordnung in Wien und die gutachtende Tätigkeit des Fachbeirats im Besonderen, samt seinen systemimmanenten Wirkungsgrenzen. Fasch kam zum paradoxen Schluss, dass der Fachbeirat, der als wichtiges Instrument zur Wahrnehmung des öffentlichen Interesses angelegt wurde, von der Stadtregierung nun als „Störfaktor“ wahrgenommen wird. Dem hielt sie ultimativ den als Metapher für Transparenz schlechthin zu verstehenden Satz entgegen: „Der öffentliche Raum ermöglicht erst die Demokratie.“

Unter dem Titel „Wer zahlt, schafft an?“ setzte Agnes Lier, Fachreferentin für Baurecht in der Volksanwaltschaft, schließlich die Pointe des Abends, indem sie zwei Fälle aus der Praxis juristisch einschätzte. Verbreiteten Fachein-schätzungen entgegenkommend stellte sie zum Heumarkt-Projekt klar, dass das öffentliche Interesse bei der Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans nicht im Vordergrund stand; es sollen dort Luxuswohnungen geschaffen werden, der Welterbestatus würde riskiert. Ein sorgsamer Umgang mit dem Bestand sei bei dem Widmungsverfahren nicht ersichtlich, das verbindliche Höhenlimit der UNESCO wurde negiert. Der Mehrwert für die Allgemeinheit würde sich nicht aus dem Bauwerk ergeben, sondern aus im städtebaulichen Vertrag festgelegten Nebeneffekten. Dieser Mehrwert sollte aber durch das Bauwerk selbst entstehen! Der Bebauungsplan sollte zudem das Projekt bestimmen und nicht umgekehrt! Und klassisch: Städtebauliche Rahmenbedingungen sollten stets vor der Objektplanung stehen! Die in den Aussagen der Volksanwaltschaft, eines parlamentarischen Kontrollorgans, exakt gespiegelte Fachkritik an rezenter Stadtplanung stellte eine willkommene Bestärkung jeder Argumentation für eine Reform stadtraumgebender Verfahren dar. ●

**Seit 40 Jahren hat die Volksanwaltschaft die Aufgabe, Sachverhalte, die mit Raumordnung, Stadtplanung und Flächenwidmung zu tun haben, zu prüfen und darüber nachzudenken. Ich meine, dass wir in Österreich, in Wien besonders, dieses Gespür bzw. die Compliance-Erfahrung noch nicht haben und die Grenzen von Interessenkonflikten noch nicht ausgelotet haben.**

—

Volksanwältin Dr. **Gertrude Brinek**

—

—

**Der Markt funktioniert erst dann, wenn er offen und transparent organisiert ist. Nicht wenn irgendwelche Leute, die halt irgendwen zufällig kennen, irgendwas leichter bekommen. Ich bin überzeugt von einer guten öffentlichen Verwaltung. Man darf dort das technische Wissen nicht abbauen. Und es ist wichtig, transparente Prozesse zu fordern und zu kritisieren, wenn aus unserer Sicht etwas nicht optimal gelaufen ist.**

—

Präsident DI **Peter Bauer**

—

—

**Verträgliche Stadtentwicklung braucht umsichtige Planung. Es drängen die Finanzmärkte darauf, die Zukunft der Stadt zu bestimmen, bewohnen aber müssen die Menschen die Stadt auch weiterhin. Wichtig wäre ein stufenweiser Aufbau der Stadtentwicklungsprozesse. Zuerst steht die Erhebung von Parametern, den Rahmenbedingungen, die ein bestimmtes Projekt hat, und darauf aufbauend sollte es einen städtebaulichen Wettbewerb geben. Nicht umgekehrt, dass zuerst das Projekt feststeht und man sich danach Gedanken um die Verträglichkeit macht.**

—

Architektin DI **Hemma Fasch,**
langjähriges Mitglied des Fachbeirats für Stadtplanung und Stadtgestaltung in Wien

—

—

**Damit nicht einfach das Recht des Stärkeren gilt, hat unsere Gesellschaft Mechanismen entwickelt, wie das öffentliche Interesse in und bei Prozessen der Stadtveränderung gesichert werden kann.**

—

Vizepräsident Architekt DI **Bernhard Sommer**

—

—

**Aus Sicht der Volksanwaltschaft ist es nicht gelungen, der Öffentlichkeit darzulegen, dass ihr Interesse bei der Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans beim Projekt „Wiener Heumarkt“ gewahrt wurde und im Vordergrund stand.**

—

Mag. **Agnes Lier,**
Expertin für Baurecht in der Volksanwaltschaft

—

—

**1 2**
**Unabhängig, transparent, kompetent: Volksanwaltschaft und Kammer der ZiviltechnikerInnen. Zwei Organisationen eint ein dringliches Thema: „Was bedeutet öffentliches Interesse?“. Darüber diskutierten (v. l.) Gertrude Brinek, Hemma Fasch, Peter Bauer, Agnes Lier und Bernhard Sommer.**

**1 – 4**
**Auf Einladung der Volksanwaltschaft fand die Fachdebatte in ihrem Festsaal in der Wiener Singerstraße statt. Wer zahlt, schafft an? Damit nicht einfach das Recht des Stärkeren gilt, hat unsere Gesellschaft Mechanismen entwickelt, wie das öffentliche Interesse in und bei Stadtentwicklungsprozessen gesichert werden kann. Welche Mechanismen sind das? Müssen sie weiterentwickelt werden? Wer sorgt für ihren Schutz?**

„Stadt finden“-Fachdebatte 06

# Wie kommt Energie in die Stadtplanung?

11. Dezember 2017
TUtheSky, das erste Plus-Energie-Bürohochhaus Österreichs, Wien

06

16

# Wie kommt Energie in die Stadtplanung?

Das Gebaute beeinflusst durch seine Grob- und Feingliederung den Energiehaushalt der Stadt. Für den aus dem Gleichgewicht geratenen Stoffwechsel der Gesellschaft ist der Städtebau eine wichtige Heilungschance. Eine Nachlese zur Fachdebatte am 11. Dezember 2017 im „TUtheSky“ der TU Wien.

—

Walter M. Chramosta

—

—



Wer über Energie spricht, muss auf Metaphern zurückgreifen. Denn Energie ist abstrakt und nur über die Veränderung von ihr bewirkter räumlicher Zustände und sozialer Situationen anschaulich zu machen. Die Stadt liefert zurzeit solche Metaphern: das Stoffwechselproblem, die Dichte, das Passivhaus. Der Stadt wird diagnostiziert, dass sie mehr Ressourcen ausbeutet, als ihr langfristig zur Verfügung stehen. Österreich soll bis 2030 $CO_2$-emissionsfrei sein. Dafür muss es weitreichende räumliche Konsequenzen geben – eine neue Form der Stadt, die aber die alte nicht vergessen lässt.

In diese Kerbe schlug Brian Cody, Professor am Institut für Gebäude und Energie an der TU Graz und Geschäftsführer der von ihm gegründeten Energy Design Cody Consulting GmbH in Graz, mit seinem Impulsreferat. Er kann auf drei Jahrzehnte Erfahrung in Analyse und Entwurf energieeffizienter Städte, Bauten und Systeme verweisen. Jüngst ist sein Buch „Form follows energy. Using natural forces to maximize performance“ erschienen. Das Ziel einer nachhaltigen Stadtentwicklung ist für Cody mit einer bloßen Optimierung des Hochbaubestands nicht erreichbar. Vielmehr bedarf es einer radikalen Umstrukturierung.

Die Rahmenbedingungen lassen keine Wahl: Trotz Sparbemühungen steigt der Energieverbrauch. Auf Dauer stehen aber nur 2.000 Watt Dauerleistung auf Primärenergiestufe pro Person zur Verfügung und wäre die Emission von einer Tonne $CO_2$ pro Person und Jahr global auszuhalten. Der Primärenergieverbrauch differiert stark: Die Staaten am Persischen Golf, Kanada und die USA verbrauchten 2014 etwa das Fünffache des Weltdurchschnitts von 2.500 Watt, Europa etwa das Doppelte, China die Hälfte, Indien ein Drittel und Afrika ein Viertel. Wie auch immer, die Ressourcen sind überall endlich: Österreich muss seinen Stoffwechsel verändern, um zukunftsfähig zu werden.

Das Energiedesign ist gleichberechtigt in den städtebaulichen Entwurf einzubeziehen. Die erwünschte Energieeffizienz hat sich an der Qualität der Energieverwendung zu orientieren, der Energieausweis greift zu kurz. Cody erklärt seine „energieeffiziente Architektur“ als Dreieck mit den Begriffen Energiebedarf, Raumklima und Ästhetik; die Zeit läuft als vierte Dimension mit. Cody ist überzeugt, dass der „form follows energy“-Ansatz neue Bauformen generieren wird. Die städtebauliche Dichte ist für ihn eine Kategorie der Stadt, die es neu zu justieren gilt. Seine Forschungen belegen, dass hohe Dichten mehr Verkehr erzeugen und mehr Energie verbrauchen als mittlere, geringe Dichten bieten Vorteile für die örtliche Energieproduktion. Die optimale Dichte wird zu finden sein, indem Energieverbrauch und -erzeugung lokal einbezogen werden.

Cody plädiert für das „große Bild“, um den Bestand ökologisch umzudeuten. Der oft von monofunktionalen Bauwerken provozierte Leerstand ist ebenso zu hinterfragen wie besonders bodenkonsumierende Sparten der Wirtschaft. Die Nutzungsgrade aller Bauten sind zu erhöhen, symbiotische Nutzungen auf allen Maßstabsebenen gefragt. Jede Stadt muss ihren „Masterplan“ entwickeln, eine Vision auf 50 Jahre, weil Städte in kontinuierlichem Umbau reformiert werden. Jedes Bestandsbauwerk ist letztlich ein Fragment der Stadt der Zukunft. Im Transformationsprozess braucht es immer Orientierung. Cody empfiehlt, die Details der Stadt auszublenden, eine räumliche „Tabula rasa“ zu denken, auf der nur weniges, das, was wirklich wertvoll ist, gehalten wird.

Für die Ziviltechniker sieht Cody große Chancen als Lenker der notwendigen Transformation der Stadt: „Wir sind schon zu sehr spezialisiert, der Generalist hat jetzt seine Aufgabe. Unsere Berufsauffassung ist nachzuschärfen. Man muss machen, was man kann; aber eigentlich muss man immer machen, was man könnte!“ So legte Cody zur Realisierbarkeit der Möglichkeitsform von Stadt ein überzeugendes Bekenntnis ab, nicht zuletzt, weil er als Ingenieur so eindrücklich mit der Hand zu zeichnen und so generalistisch über den Stadtraum zu argumentieren versteht wie ein Architekt alter Schule. ●

# Verdächtige Formen

Ein Beitrag zur Fachdebatte „Wie kommt Energie in die Stadtplanung“ am 11. Dezember 2017.

—

Bernhard Sommer

—

—

Zur Wahrung des öffentlichen Interesses in der Stadtplanung gehört, die klimafreundliche Stadt zu entwickeln. So weit die „Stadt finden“-Thesen, die in unserer Kammer entwickelt wurden. Mit Professor Cody vom Institut für Gebäude und Energie der TU Graz überlegten wir, wie diese Entwicklung möglich gemacht werden könnte.

Der gängige buchhalterische Ansatz, das Aufbilanzieren von Verlusten und Gewinnen, wird der Komplexität der Frage nicht gerecht. Vielmehr ist die Frage, wie sehr das, was wir tun, was wir planen und bauen, wie wir Gesellschaft dreidimensional organisieren, zur Entropie, zur Irreversibilität beiträgt.

Die klassische Definition von Energieeffizienz blendet die Qualität der eingesetzten Energiequellen aus. Mehr noch wird im einschlägigen Diskurs zur Energieeffizienz die Entwurfsqualität, die Gestaltung ignoriert, wenn nicht negiert. So kommt es zu banalen, gleichförmigen Gebilden, denen Experten Energieeffizienz bescheinigen, deren Formen zur Effizienz allerdings bestenfalls durch Kompaktheit und Orientierung beitragen.

Dem setzt Brian Cody seine wissenschaftlich untermauerte Überzeugung entgegen, dass durch neue Formen die natürlichen, erneuerbaren Kräfte besser erschlossen werden können („form follows energy“) und gleichzeitig neue und vielseitigere gestalterische Möglichkeiten aufgetan werden („design with energy in mind“). Nicht die oft im Gleichklang mit oberflächlicher Wirtschaftlichkeit geforderte Einschränkung formaler Möglichkeiten ist nach dieser Überzeugung ein Schlüssel zur Energiefrage, sondern im Gegenteil die lustvolle holistische Gestaltung der menschlichen Umwelt. Wenn man so denkt, entwickelt man neue Formen. Diese sehen ganz anders aus als die würfelförmigen Pultdachsiedlungen, die scheinbar höchster Effizienz gerecht werden. Das ist verdächtig und passt vielen nicht in eine endlich verständliche Welt. Cody verweigert sich folgerichtig auch auf insistierende Fragen des Publikums hin dem Verkünden einfacher Lösungen. Es gab kein erlösendes So-sollt-ihr-Häuser-bauen, wie es Rob Krier, einst Professor für Gestaltungslehre an der TU Wien, in einem kleinen Büchlein den Studierenden anempfahl, und auch keine nett gezeichnete Anleitung zum nachhaltigen Bauen wie Françoise-Hélène Jourdas „Petit manuel de la conception durable“.



Vielmehr betonte Cody die Notwendigkeit des generalistischen Berufsbildes und der interdisziplinären Zusammenarbeit, die sich im Zusammenfassen der Kompetenzen von Architekten und Ingenieuren, wie es in der Ziviltechnikerkammer der Fall ist, widerspiegelt.

Die Weiterentwicklung der Stadt muss das Kunststück vollbringen, möglichst vielen gerecht zu werden, und das möglichst lange. Nimmt man Energieeffizienz und Klimaschutz ernst, bräuchte jede Stadt einen energetischen Masterplan. Den kann es aber nur vor dem Hintergrund einer stadträumlichen Vision geben. Wieder zeigt sich die Notwendigkeit eines Abrückens von einer reaktiven, kurzfristigen Stadtplanung hin zu einer vorausschauenden. Es ist verständlich, dass man vor dem Eindruck der Unvorhersehbarkeit und Komplexität der Entwicklungen versucht, durch flexibles Reagieren administrativ zu bestehen. Vor allem aber bergen rigide Stadtplanungen und die Schwierigkeit der Antizipation auch nur mittelfristiger Entwicklungen die Gefahr dramatischer Fehlentscheidungen. Das klassische „Aufzeichnen“ starrer Strukturen ist nicht die Antwort und war es auch nicht in der Vergangenheit. Visionen über das zukünftige Zusammenleben und durchaus ein Darauf-Hinarbeiten und ein Herbeiführen erwünschter Strukturen sind aber Voraussetzung jeglicher Entwicklung, sei sie gesellschaftlich oder Klima-bezogen. Verständlicherweise gilt es nach den Erfahrungen des totalitären „kurzen 20. Jahrhunderts“ (Eric Hobsbawm), zurückhaltend bei der Definition erwünschter Lebenswelten vorzugehen. Vielfalt und Flexibilität, die hier die Antwort sein müssen, bedürfen als zarte Pflänzchen aber umso mehr sorgfältiger Planungsprozesse. Das Große zu entwickeln – der Entwurf des „big pictures“ – kann heute nicht eine megalomanische Top-down-Programmatik sein. Es kann aber bedeuten, absichtsvoll auf eine Vielzahl kleinteiliger Strategien zu setzen, zu diversifizieren, wie man es in der Wirtschaft nennt.

Wenn Cody versucht, die Illusion des „bereits fertig gebauten“ Europa zu zerstören, stellt er die Forderung nach so einer langfristigen Stadtplanungsstrategie auf. Die Städte, auch die europäische Stadt, verändern sich beständig, innerhalb von 50 Jahren wird die Hälfte

der Bausubstanz der Stadt erneuert sein. Dafür müsse es einen Masterplan geben. Alles, was wir heute bauen, sind die Fragmente der Stadt der Zukunft. Sollen sie einst ein Ganzes ergeben, so müssen sie möglichst in allen Phasen imstande sein zusammenzuspielen. Nochmals muss hier erwähnt werden: Es kann keine langfristige Energieplanung geben, wenn es keinen stadträumlichen Entwurf dazu gibt.

Zukünftige Stadtplanung muss Wohnen, Arbeiten und Mobilität als eine gesamtheitliche Aufgabenstellung begreifen. Immer muss dabei der Qualität der Gestaltung eine Hauptrolle zukommen. Am Beispiel des Zusammenhangs unglücklich gestalteter Stadtviertel und der darauf folgenden erhöhten Mobilität oder auch der großen Menge grauer Energie, die zu deren Adaptierung nach kurzer Zeit benötigt wird, wird deutlich, wie wichtig der künstlerisch-gestalterische Anspruch, der in heutigen Debatten zu oft nicht ernst genommen wird, bleibt. Am Ende ist es eben nicht Geld und auch nicht Energie, am Ende ist es die Verfügbarkeit der Erdoberfläche, also des Landes, die entscheidend für Verteilungsgerechtigkeit ist. Das Sicherstellen dieser Verteilungsgerechtigkeit ist die erste Aufgabe beim Wahren des öffentlichen Interesses. Das braucht Expertise, Sorgfalt – und Gestaltung, damit auch die Qualitäten gerecht verteilt werden.

So bleibt zu hoffen, dass die Arbeit von Architekten und Ingenieuren als nützlich erkannt und abgerufen wird: „Das ist wirklich sehr nützlich, weil es schön ist“, ruft Saint-Exupérys kleiner Prinz aus, als er dem Laternenanzünder begegnet. Dieser ist übrigens in seinen Normen (Anordnungen) so verfangen, dass er nicht imstande ist, seine ursprünglich sinnvolle Tätigkeit den geänderten Umweltbedingungen so anzupassen, dass er ein glückliches Leben führen kann. Er kann die Norm nicht ändern! Die Ziviltechniker und Ziviltechnikerinnen können das. Sie können Hintergründe von Normen verstehen und sie können deren Obsoleszenz argumentieren, als Kollektiv können sie einen neuen Stand der Technik schaffen. Dieses radikale, also zur Wurzel zurückkehrende Verständnis braucht es, um Stadt zu entwerfen, und zwar

eine Stadt, so schön, dass sie nützlich ist. ●

**Es muss der positive Impact des Gebäudes auf sein Umfeld maximiert werden. Der Begriff „Nachhaltigkeit“ suggeriert eine viel zu konservative Haltung. Es kann nicht lediglich darum gehen, alles so zu erhalten, wie es ist, vielmehr muss es darum gehen, wie wir mit unseren Handlungen die Situation jetzt und für die Zukunft viel besser machen können.**

—

Univ.-Prof. **Brian Cody,**
Gründer & CEO der Energy Design Cody Consulting GmbH, Leiter des Instituts für Gebäude und Energie an der TU Graz

—
—

**Zukünftige Stadtplanung muss Wohnen, Arbeiten und Mobilität als eine gesamtheitliche Aufgabenstellung begreifen. Immer muss dabei der Qualität der Gestaltung eine Hauptrolle zukommen.**

—

Vizepräsident Architekt DI **Bernhard Sommer**

—
—

**1 2**
**Im ersten Plus-Energie-Bürohochhaus Österreichs, TUtheSky, hielt Brian Cody den Impulsvortrag „Form follows energy – die Stadt neu denken“ und diskutierte mit dem interdisziplinären Publikum mögliche Szenarien und Optionen.**

**3**
**Andreas Rösner, Thomas Hrdinka, Michaela Ragoßnig-Angst und Karl Grimm (v. l.)**

**4**
**Am Wort: Walter M. Chramosta**

**5**
**Christoph Mayrhofer, Nina Krämer-Pölkhofer und Peter Bauer (v. l.)**

**6**
**Margit Graggaber**

# Smart City

8. Jänner 2018
ORF RadioKulturhaus, Wien

07

# Smart City Wien als MacGuffin der Stadtplanung

Eine Nachlese zur Fachdebatte am 8. Jänner 2018 im RadioKulturhaus des ORF.

—

Christoph Mayrhofer

—

—

Im Jahr 1962 stehen zwei junge Filmkritiker in den riesigen MGM-Studios nach einem Sturz in den Swimmingpool völlig durchnässt vor dem großen Alfred Hitchcock und bitten, ihn interviewen zu dürfen. Es handelte sich um niemand Geringeren als François Truffaut und Claude Chabrol – noch vor Beginn ihrer legendären Karrieren als Filmemacher. Aus dieser Begegnung entstand das wohl berühmteste Werk über den Film, in dem der große Meister dem ebenso genialen Truffaut in stundenlangen Interviewserien viele seiner Grundsätze verriet, u. a. die Funktion des MacGuffin. Kurz gesagt handelt es sich dabei um völlig beliebige Begriffe oder Objekte, die für sich gänzlich bedeutungslos sind, aber eine Handlung auslösen oder vorantreiben.

An einen solchen MacGuffin musste man sich unwillkürlich erinnert fühlen, wenn man im Rahmen der letzten „Stadt finden"-Debatte zum Thema Smart City mit den Ausführungen der Vertreterin der Stadt Wien, die auch den Umgang der Stadtverwaltung mit dem Thema widerspiegelten, konfrontiert war.
Von dem aus London angereisten Urbanisten und Informationsarchitekten Adam Greenfield stammt die dazu passende Aussage: „Niemand weiß, was Smart City bedeutet." Dieses Faktum dürfte sich die Stadt zunutze machen, um den Begriff bewusst so weit zu fassen, dass praktisch alles, was in der Stadtplanung passiert, darunter subsumiert werden kann. Was insofern nicht gänzlich unklug scheint, als in der EU das Geld für alles besonders locker sitzt, was auch nur irgendwie nach „smart" klingt.
Als aber die Vertreter der Stadt, den Bürgermeister zitierend, kurzerhand auch den Wohnbau des Roten Wien oder die Hochquellwasserleitung als Beispiele für „Smart City"-Einrichtungen vorweisen, wird selbst Adam Greenfield etwas lauter. Als „Head of Information Architecture" im Tokio-Büro von Razorfish, einer der weltgrößten interaktiven Firmen für Web Development und Media Planning, war er bereits Ende der 1990er Jahre am Puls der Weiterentwicklung mobiler Informationstechnologien im Web. Nach Stationen in New York und Helsinki, u. a. in führender Position bei Nokia, lehrt er heute Urban Design am University College London.

Es ist bemerkenswert, dass gerade jemand wie Greenfield, der ja nicht gerade ein Leichtgewicht in Sachen IT ist, als der bekannteste Kritiker von Smart City gilt. Seine Fundamentalkritik hat er 2013 im Pamphlet „Against the smart city" dargelegt. Eine Kritik, die man eher von Menschen erwartet hätte, die aufgrund geringer Kenntnis der Materie von diffuser Technologieangst getrieben sind.



Wenn nun ein profunder Kenner und Mitentwickler der technologischen Grundlagen der Smart City zu solch fundamentaler Kritik daran ausholt, scheint es wert, sich mit seinen Gedanken näher zu befassen.
Nach einigen eindringlichen Beispielen bereits alltäglicher Anwendung smarter Technologien im urbanen Bereich, sei es zum Zweck der Überwachung, der Steuerung oder der Informationssammlung, kommt er in seinem Vortrag zum Kern seiner Überlegungen: „Die Behauptung, dass die Implementierung vernetzter Informationstechnik in das Stadtgefüge die Lebensqualität der Bewohner verbessern und die Stadt in jeder Beziehung effizienter machen kann, stimmt einfach nicht." Und: „Wenn wir es für wichtig erachten, dass es so etwas wie ein Recht auf Stadt geben soll, dann müssen wir jetzt daran arbeiten, dass die Technik auch so konzeptioniert ist, dass sie es ermöglicht."
Anders gesagt: Die offenbar auch von der Europäischen Kommission und in der Folge von den europäischen Regierungen heute vertretene Auffassung, die weitestgehende Implementierung und Anwendung vernetzter Informationstechnologien zur Steuerung urbaner Abläufe würde quasi von selbst zu paradiesischen Zuständen in unseren Städten führen, ist nicht nur grundfalsch, sie ist imstande, das Gegenteil davon zu bewirken.

Adam Greenfield ist mit seiner Kritik dabei keineswegs allein, so formulierte der deutsche Architekturkritiker Niklas Maak vor kurzem zu einem anderen Aspekt der Smart City in der „FAZ": „Als ökonomisches Konstrukt ist die *Smart City* einer bewohnbaren Shopping Mall ähnlicher als einer klassischen Stadt." Und selbst der Oberbürgermeister von Münster, Markus Lewe (CDU), nun wirklich kein ausgesprochener Revoluzzer, meint zum Thema: „Jetzt droht die *Smart City* zum großen Missverständnis zu werden. Je komplexer die Systeme werden, desto angreifbarer sind sie. Aber genauso wichtig ist die Frage: Wer ist Herr über die Technik, wer bestimmt darüber? Die Städte sollten aus meiner Sicht in ihrem Verantwortungsbereich die Kontrolle über Daten und Systeme behalten. In den Kommunen müssen wir digitale Lösungen entwickeln, die nicht zu einer Fremdbestimmung führen."

In Wien hat die Stadt die „Smart City Wien"-Rahmenstrategie beschlossen. Eine Aussage dazu, wie wir in Wien intelligente Technologien im oben genannten Sinn demokratieverträglich konzipieren wollen, findet sich darin nicht. „Smart City Wien heißt hohes Niveau an öffentlichen Dienstleistungen, leistbarer Wohnraum und öffentlicher Verkehr, großzügiger und öffentlich zugänglicher Grün- und Erholungsraum, eine hoch entwickelte Gesundheitsversorgung und vieles mehr" (Zitat Rahmenstrategie). Ja eh, möchte man sagen, wer will das nicht. Nur: Wie lässt sich dies bewerkstelligen, wenn die Technologie, die dafür benützt wird, voraussetzt, dass wir (Zitat Eric Schmidt, Google) „im Zeitalter

der Informationstechnologie den Begriff der Privatheit vergessen müssen“.

Man hätte sich von der Stadt Wien vielleicht erwarten können, dass sie über die grundlegendsten Probleme, die sich aus dem fortschreitenden Eindringen einer allgegenwärtigen digitalen Erfassung aller menschlichen Handlungen ergeben, zumindest eine vage Einschätzung abgibt. Man denke z. B. nur an die Smart Meter zur Fernerfassung des individuellen Energieverbrauchs oder die Videoüberwachung der Verkehrsbetriebe oder öffentlicher Plätze.

Die „Smart City“-Frage rührt tatsächlich an den demokratischen Wurzeln, auf denen unsere freien Gesellschaften beruhen, und da die dahinterstehenden Technologien nicht mehr aus der Welt zu schaffen sind, brauchen wir dringend Antworten. Wie verhält sich der Anspruch, die, wie es in der Rahmenstrategie heißt, Menschen in den Mittelpunkt stellen zu wollen, zu den Problemen, die sich für die persönliche Freiheit von Menschen daraus ergeben? Kann ich eine eigene Strategie zur Smart City entwickeln, indem ich diese allgemein bekannten (wenn auch erstaunlich weitgehend ignorierten) Probleme, die an die Grundsätze unseres demokratisch-pluralistischen Gemeinwesens gehen, nicht einmal erwähne?
Von den Antworten, die wir auf diese Herausforderungen finden, wird nicht nur die Zukunft unserer Städte, sondern auch jene unserer demokratischen Freiheiten abhängen. ●

**Die „Smart City“-Frage rührt an den demokratischen Wurzeln, auf denen unsere freien Gesellschaften beruhen, und da die dahinterstehenden Technologien nicht mehr aus der Welt zu schaffen sind, brauchen wir dringend Antworten.**

—

DI **Christoph Mayrhofer,**
Vorsitzender der Sektion ArchitektInnen

—

—

**Smart City ist nichts anderes als der Versuch, Technologien zu implementieren und zu vernetzen, mit dem Ziel, Daten zu gewinnen, die es ermöglichen, das urbane Leben vorherzusagen und zu planen. Die Stadt ist voller intelligenter Geräte, die ganz genau wissen, was wir wollen und wo wir den nächsten Schritt machen. Am Ende finden wir uns in einem künstlichen, standardisierten Themenpark wieder.**

—

**Adam Greenfield,** Autor,
Urbanist und Informationsarchitekt,
Urbanscale

—

—

**Bei der „Smart City Wien“-Rahmenstrategie geht es darum, die europäischen Energie- und Klimaziele zu erreichen. Es geht um die Balance von Ressourcenschonung, Lebensqualität, sozialen und technologischen Innovationen. Wir lassen uns in Wien nicht technologietreiben.**

—

DI **Ina Homeier,** Leiterin der Projektstelle „Smart City Wien“, Referat Stadt- und Regionalentwicklung (MA 18)

—

—

**1**
**Was bedeutet Smart City? 2 Referent(inn)en, 2 Interpretationen und 2 unterschiedliche Prototypen für die intelligente Stadt: Adam Greenfield (IT-Visionär und Autor von „Against the Smart City“) und Ina Homeier (Leiterin der Projektstelle „Smart City Wien“ im Referat Stadt- und Regionalentwicklung der MA 18) mit Moderator Christoph Mayrhofer (Vorsitzender der Sektion ArchitektInnen).**

**2–6**
**Großer Andrang. Die Fachdebatte füllt das ORF RadioKulturhaus bis auf den letzten (Steh-) Platz. Die Videos, Fotos und Nachlesen aller „Stadt finden“-Fachdebatten sowie Links zu den Presseberichten finden sich auf unserer Website wien.arching.at.**

# Conclusio

# Die Stadt gehört allen. Wer sind alle? Sicher nicht ein paar wenige

Die „Stadt finden“-Fachdebatten haben deutlich gemacht: Die Bürgerinnen und Bürger wollen in Fragen der Stadtgestaltung informiert und in die Entscheidungen, die sie betreffen, eingebunden werden. Über Defizite in der Wiener Stadtplanung und was als Nächstes zu tun ist.

—

Peter Bauer, Präsident
Bernhard Sommer, Vizepräsident

—

—

In einer Zeit rascher Veränderungen, nicht zuletzt einem schnellen Stadtwachstum geschuldet, treten Defizite im Bereich der Stadtentwicklung besonders deutlich zutage. Die Notwendigkeit, rasch ausreichenden Wohnraum mit all den dazu notwendigen Infrastrukturen zur Verfügung zu stellen, der Zwang zur Verdichtung aufgrund von Grundstücksknappheit und der daraus resultierende Druck auf bestehende Grünzonen, all diese Phänomene verlangen ebenso rasche Planungsentscheidungen.

Dieser Dynamik ist das durchaus erfolgreiche Wiener Modell der sanften Stadterneuerung nicht mehr gewachsen, eine wirkliche Antwort existiert nicht. Die Lösung scheint immer stärker in reiner bauplatz- bzw. objektbezogener Produktion von Nutzflächen zu bestehen. Eine Strategie für Stadtgestaltung, im Sinne einer zeitgemäßen Antwort in Fragen der Architektur und des Städtebaus, vermissen nicht nur Planende. In dieser Situation besteht die Gefahr, Stadtplanung in den Aufgabenbereich privater Investoren abzuschieben. Private Investitionen in die Stadt sind lebenswichtig, aber wenn man nur auf ökonomische Erfolge setzt, kommt die Wahrung von Allgemeininteressen oft zu kurz. Dies äußert sich nicht zuletzt in immer häufiger auftretenden Konflikten mit der Bevölkerung in der Folge von Neubauprojekten. In Anbetracht der zunehmenden Betonung partizipativer Rechte im Sinne von Akzeptanzverfahren erscheint das zunächst paradox. Bei genauerer Betrachtung wird jedoch deutlich, dass sich Partizipationsverfahren ohne Definition von Mitbestimmungskompetenzen kontraproduktiv auswirken.

Die gegenwärtig praktizierten Prozesse der Stadtentwicklung basieren auf der getrennten Betrachtung von Stadtplanung und Architektur. Architektur wird als nachrangige Disziplin aufgefasst und die Architektin, der Architekt im Städtebauverfahren folgerichtig auf die Rolle eines Experten unter vielen verwiesen. Ein gestalterischer Leitgedanke kann so nur schwer entwickelt werden. Der Verzicht auf die Kompetenz von Architektinnen und Architekten, die Stadt auch räumlich und künstlerisch zu denken, hat aber weitreichendere Konsequenzen, als man gemeinhin annimmt.
In Zusammenarbeit mit Expertinnen und Experten auf den Gebieten der (Frei-)Raumplanung, der Verkehrsplanung, der Soziologie usw. sind sie oft die Einzigen, die die Kompetenz zum Planen der Stadt über die reine Erfüllung von definierten Notwendigkeiten hinaus besitzen. Stadtplanung ist ganz wesentlich auch Entwurfsarbeit. Diese kulturelle Dimension von Stadtplanung wird derzeit kaum abgerufen.

Stadtplanung sollte übergeordnete Aspekte festlegen, sollte Leitplanken aufstellen, sollte mit dem Anspruch formuliert sein, langfristig zu gelten. Solche Planung ist damit nicht nur öffentlich und transparent, sondern bietet auch allen Investoren Sicherheit – nicht nur jenen, die die sogenannten guten Verbindungen haben.

Damit das wirklich funktionieren kann, sind jedoch die Grundzüge der Stadtentwicklung *verbindlich* und aus den Zielvorgaben des STEP abgeleitet festzulegen. Wiederum in einem öffentlichen, transparenten Prozess. Dann erst wäre eine Ebene der Stadtplanung erreicht, mit der die Kontrolle der übergeordneten Zielvorgaben bei der Umsetzung eines Projekts überhaupt erst nachvollziehbar möglich wäre. Nur die Politik hat im demokratischen Gemeinwesen die Autorität, die Ziele mit der Bevölkerung zu generieren und sie in der Öffentlichkeit zu vermitteln.

Die „Stadt finden“-Fachdebatten haben aufgezeigt, dass es in der Kommunikation aller Beteiligten noch sehr viel Luft nach oben gibt. Die Diskussion muss lebendig gehalten werden. Die Prozesse dazu müssen (besser) organisiert, müssen gelebt und gepflegt werden.

Die Kammer fordert eine nachhaltige Strategie für Stadtgestaltung. Derzeit sind die innerstädtisch heiß diskutierten Projekte von Investoren entwickelte Projektideen zur Wertsteigerung ihrer Grundstücke. Diese widersprechen bzw. widersprachen oft den geltenden Bebauungsbestimmungen und die Gesetzgeberin war aufgerufen, die entsprechenden Umwidmungen zu liefern. Der Nachweis, dass der Wunsch eines davon profitierenden Grundstückseigentümers ein höheres öffentliches Interesse darstellt als das öffentliche Recht des bestehenden Bebauungsplans, nach dem dieser Wunsch eben nicht umsetzbar wäre, ist schwierig und immer kontrovers.

Ein wichtiges Instrument des öffentlichen Interesses an der Stadtentwicklung, bei

Entscheidungen über Grund und Boden, Flächenwidmungs- und Bebauungsplanänderungen, ist der interdisziplinär besetzte Fachbeirat für Stadtplanung und Stadtgestaltung in Wien. Seine Aufgabe ist es, eingereichte Projekte im Sinne aller Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt gutachterlich zu hinterfragen. Die Tätigkeit des Beirats ist damit von hoher Verantwortung geprägt, die Beiratsmitglieder sollten daher als Einzelgutachter so unabhängig wie möglich sein. Die Kammer hat deshalb vorgeschlagen, Beiräte mit Außensicht, seien es nationale oder internationale Experten, zu bestellen und, um Interessenkonflikte im Vorfeld auszuschließen, sie darauf zu verpflichten, sich der Planung für die Dauer ihrer Berufung zu enthalten. Weiters sollte der Fachbeirat schon in den Entwicklungsprozess eingebunden werden. Nur so können seine Empfehlungen vor Erstellung der Flächenwidmungs- und Bebauungsplanänderung einfließen.

Ein Defizit war in allen Veranstaltungen der Kammer im Rahmen der „Stadt finden“-Debattenserie deutlich zu spüren: Bürger wollen über ihre Stadt diskutieren. Sie wollen wissen, warum etwas geschieht oder nicht geschieht. Sie wollen Transparenz in den Prozessen.

Um hier unseren Beitrag zu leisten, wird es ab sofort ein jährliches öffentliches Monitoring der Stellungnahmen zu Flächenwidmungsplänen seitens der Kammer der ZiviltechnikerInnen für Wien, Niederösterreich und Burgenland in unserem örtlichen Wirkungsbereich geben. Immerhin waren es u. a. die Stellungnahmen der Kammer und des Fachbeirats zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan Nr. 7984 und das breite Medienecho auf die Pressekonferenz „Flächenumwidmung auf Wunsch“ 2016, die den Wunsch nach mehr Information in der Öffentlichkeit eindrucksvoll aufzeigten und die Initialzündung für die „Stadt finden“-Fachdebatten darstellten.

Für die Kammer als unabhängige Institution öffentlichen Rechts ist es wichtig, diesen Diskussionsprozess konstruktiv zu unterstützen und das Bewusstsein über die Nutzung des öffentlichen Raums zu fördern. Die uns vom Gesetzgeber eingeräumte Unabhängigkeit ist ein Mittel, den Dialog auf Augenhöhe zu führen und die beste Lösung zu finden. Damit das Geld der Steuerzahlerinnen und -zahler möglichst effizient und auch baukulturell wirkungsvoll eingesetzt wird, muss man sich genau diese Sorgen und Gedanken machen. Und man muss darüber reden. Immer wieder.



## Fotoglossar „Stadt finden“ – Fototitel und -inhalte

—

Reinhard Seiß,
Urban+

—

—

**01 — Ort: Wien XXI**
**Das große Nebeneinander I**
Seite 4
Große, auf sich bezogene Einheiten ohne städtebaulichen Zusammen-hang prägen seit den 1970er Jahren das Wachstum Wiens. Im Vordergrund Gewerbebetriebe, dahinter der Hedwig-Lehnert-Hof (1983) und am Horizont, abgetrennt von der Schnellbahn, der Dr.-Franz-Koch-Hof (1978), im Volksmund „Klein-Manhattan“.

**02 — Ort: Wien XXII**
**Die zweite Gründerzeit**
Seite 8
Bauboom in der Donaustadt, dem Stadterweiterungsbezirk schlechthin. Je dynamischer eine Stadt wächst, umso wichtiger wären klare Vorgaben zu Form und Struktur dieses Wachstums. Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts hat Wien keine so schlechten Erfahrungen damit gemacht …

**03 — Ort: Wien XXII**
**Das große Nebeneinander II**
Seite 10
An der Alten Donau: im Vordergrund Einfamilienhäuser, im Hintergrund Hochhäuser. Charakteristisch für die Stadterweiterung Wiens der letzten Jahrzehnte ist das Fehlen einer übergeordneten räumlichen Vision. Höhe, Dichte und Typologie der Bebauung folgen eher dem Zufall als einer langfristigen Planung.

**04 — Ort: Wien XIV**
**Rotes Wien I**
Seite 14
Gemeindebau in der Breitenseer Straße. Der soziale Wohnbau der Zwischenkriegszeit bestach durch großzügiges Grün und die Gleichwertigkeit aller Wohnetagen.

**05 — Ort: Wien IV/X (Hauptbahnhofviertel)**
**Von der Wertschätzung des öffentlichen Raums**
Seite 24
Neugestaltung des Südtiroler Platzes. Der Bahnhofsplatz gilt als Visitenkarte einer Stadt.

**06 — Ort: Wien III**
**Architektur-Ikonen**
Seite 28
T-Center von Domenig & Eisenköck, St. Marx. Er wurde vom Architekturfeuilleton gefeiert und gilt nach wie vor als Ikone des modernen Wien: der „liegende“ Büroturm am Rennweg, unweit der A23. Fährt man freilich nicht auf der Autobahn am Gebäude vorbei, sondern geht zu Fuß daran entlang, offenbart sich eine ganz andere stadträumliche Qualität des Objekts.

**07 — Ort: Wien I/VIII**
**Gezähmte Gestaltungskraft**
Seite 32
Blick über die Innenstadt auf das Wiener Rathaus. Als Bundesland und Kommune zugleich, als prosperierende Metropole und mit seinem traditionell starken Einfluss der öffentlichen Hand auf alles Private hat Wien mehr Möglichkeiten, seine Entwicklung zu gestalten, als die meisten anderen Städte. Allein, das Rathaus hat in den letzten zwei Jahrzehnten weitgehend auf seine Macht verzichtet – zur Freude einiger weniger und oftmals zum Schaden der Stadt.

**08 — Ort: Wien II/XXII**
**Blick über die Leopoldstadt auf die Skyline der Donau City**
Seite 42
Wien bietet in weiten Teilen seines Stadtgebiets eine hohe urbane Qualität – seien es Maßstäblichkeit und Nutzungsvielfalt, sei es die stadt- und sozialräumliche Güte. Umso überraschender ist es, wie wenig die Macher des „neuen Wien“ auf diese Qualitäten Bezug nehmen.

**09 — Ort: Wien X**
**Städtebaulicher Anachronismus**
Seite 46
Straßenraum im Sonnwendviertel. Allen Beteuerungen einer nachhaltigen, autounabhängigen, multifunktionalen und vitalen Stadt zum Trotz baut Wien im 21. Jahrhundert in zentraler Lage so perfekt wie nie zuvor eine autogerechte Stadt, die für die nächsten 100 Jahre in Beton gegossen bleibt.

**10 — Ort: Wien XXII**
**Stadt als öffentliches Anliegen**
Seite 52
Baustellenbesichtigung und Diskussion in der Seestadt Aspern. Stadtentwicklung interessiert die Menschen, wenn man sie informiert, aktiviert und involviert.

**11 — Ort: der Wiener Blätterwald**
**Die vierte Gewalt**
Seite 58
Unabhängige Medien sind eine zentrale Voraussetzung für eine verantwortungsvolle und demokratische Stadtentwicklung. Kritik und Kontrolle von Politik und Verwaltung, ein öffentlicher Fachdiskurs, seriöse Information der Bevölkerung – all dies leidet unter politischer wie finanzieller Einflussnahme auf den Journalismus.

**12 — Ort: Wien X**
**Braucht Wien Hochhäuser?**
Seite 60
Blick von einer Einfamilienhaussiedlung am Wienerberg auf die Wohntürme der Wienerberg City. Wiens Planungspolitik begründet Wohnhochhäuser mit der zunehmenden Knappheit an Bauland. Dabei leidet Wien offensichtlich an einer krassen Fehlnutzung des verfügbaren Baulands. Drastischstes Beispiel dafür sind zigtausende Einfamilienhäuser, die seit den 1990er Jahren in oft bester Lage in Kleingartensiedlungen genehmigt wurden.

**13 — Ort: Wien XVI**
**Stadt braucht Vielfalt und öffentlichen Raum**
Seite 68
Yppenplatz. In vielen Sanierungsgebieten des gründerzeitlichen Wien zeigt sich, was für ein urbanes Leben erforderlich ist: eine dichte, aber nicht zu dichte Bebauung für leistbares Wohnen, aber auch für Kunst, Kultur, Arbeit und Soziales, zudem Handel, Dienstleistungen und Gastronomie in den Erdgeschoßen – sowie ein nutzungsoffener Freiraum für alle.

**14 — Ort: Wien III**
**Rotes Wien II**
Seite 72
Der Rabenhof in Wien-Erdberg. Die großen Wohnanlagen der 1920er und 1930er Jahre waren beinah Städte in der Stadt – mit Nahversorgung und Gastronomie, Kindergärten und Schulen, Sozial-, Bildungs- und Kultureinrichtungen.

**15 — Ort: Wien XIV**
**Wenn der Boden knapp wird**
Seite 78
Dachzone der „Sargfabrik“ mit Dachgarten und Solarzellen.

**16 — Ort: Wien XXII**
**Smart City?**
Seite 80
Solarzellenbedeckter Radunterstand am ehemaligen Flugfeld Aspern.

**17 — Ort: Wien XXII**
**Stadt im Wandel**
Seite 88
Blick von der Erzherzog-Karl-Straße bis zur Donau City. Ein Blick über die Donaustadt zeigt, wie sehr Wiens Stadtentwicklung seit Jahrzehnten schon dem „amerikanischen“ Stadtmodell folgt: Die gründerzeitliche Struktur wird abgelöst von weitläufigen, autogerechten Abholmärkten und suburbanen Einfamilienhaussiedlungen einerseits sowie von den dicht gestaffelten, monofunktionalen Hochhäusern der transdanubischen „Downtown“ andererseits.

**18 — Ort: Wien IV**
**„So sehr könnt ihr den Stadtraum gar nicht verunstalten, als dass wir ihn nicht nutzen würden!“**
Seite 96
Temporäre Aneignung einer öffentlichen Restfläche am Karlsplatz. Sag noch einer, die Wiener könnten mit dem öffentlichen Raum nichts anfangen! Was für die Planungsbehörde, Bauherren und Planer gelten mag, trifft auf die Bevölkerung längst nicht mehr zu.

## Impressum

**Medieninhaber und Herausgeber:**
Kammer der ZiviltechnikerInnen für Wien, Niederösterreich und Burgenland,
A-1040 Wien, Karlsgasse 9, wien.arching.at,
E-Mail: kammer@arching.at
**Design:**
Christian Sulzenbacher
**Konzeption und Chefredaktion:**
Nina Krämer-Pölkhofer
**Text:**
Peter Bauer, Gertrude Brinek, Walter M. Chramosta, Michael Hofstätter, Nina Krämer-Pölkhofer, Christian Kühn, Christoph Mayrhofer, Bernhard Sommer
**Fotos:**
Katharina Gossow, Kammer; Gerhard Buchacher; Reinhard Seiß, Urban+
**Lektorat:**
Thomas Lederer
**Druck:**
Grasl Fair Print, Bad Vöslau,
Auflage: 400 Stück

Besonderer Dank gilt den Mitgliedern der Arbeitsgruppe „Strategie Stadtplanung und Städtebau“ der Kammer der ZiviltechnikerInnen – Peter Bauer, Walter M. Chramosta, Karl Grimm, Michael Hofstätter, Thomas Kratschmer, Rudolf Kretschmer, Siegfried Loos, Christoph Mayrhofer, Michaela Ragoßnig-Angst, Andreas Rösner und Bernhard Sommer – für die vielen Stunden ehrenamtlicher Arbeit und das eingebrachte Know-how.

01

02

03

04

05

06

07

08

09

10

11

12

13

14

15

16

17

18

**„Stadt finden“-Fachdebatten**
**Werkbericht 2017—2018**

In den Debatten wurden die verschiedenen Aspekte der aktuellen Auseinandersetzung über Stadtplanung und Städtebau zur Diskussion gestellt und die Position der Kammer der ZiviltechnikerInnen – ArchitektInnen und IngenieurInnen dargelegt.

—
—